

GESELLSCHAFT

ANTIMIGRANTISCHE POLITIK UND DER «SOMMER DER MIGRATION»

HELGE SCHWIERTZ UND PHILIPP RATFISCH



Helge Schwiertz/Philipp Ratfisch

ANTIMIGRANTISCHE POLITIK UND DER «SOMMER DER MIGRATION»

RASSISTISCHE MOBILISIERUNGEN, DAS DEUTSCH-EURO- PÄISCHE GRENZREGIME UND DIE PERSPEKTIVE EINES GEGEN- HEGEMONIALEN PROJEKTS¹

Die Rede von der «Flüchtlingskrise» ist in Europa seit Mitte 2015 allgegenwärtig. Gemeint ist damit vonseiten der Politik und der Medien meist eine vermeintliche Überlastung der «Kapazitäten» von Transit- und Aufnahmestaaten aufgrund einer gestiegenen Einwanderung. Die Krise lässt sich jedoch auch anders interpretieren: als Krise des Schengen-Abkommens mit seinen restriktiven Elementen, als Scheitern des bisherigen Grenz- und Migrationsregimes in Europa – und damit als Errungenschaft von Migrationsbewegungen. Denn der lange «Sommer der Migration» (Kasperek/Speer 2015) hat unübersehbar gezeigt, dass sich Mobilität nicht in feste Bahnen nach den Vorstellungen eines «Migrationsmanagements» lenken lässt, sondern ein Moment relativer Autonomie besitzt, das staatliche Kontrollversuche und nationale Grenzen unterläuft.

Das Jahr 2015 hat auf der einen Seite neue Bewegungen der Migration und der Solidarität, auf der anderen Seite jedoch eine neue Stufe staatlicher Repression und völkischer Hetze gegen Migration hervorgebracht. In Deutschland sprechen mittlerweile zwar selbst

konservative PolitikerInnen von einem «Einwanderungsland» und neoliberalen Diskursen entsprechend wird Migration zudem vermehrt als «Potenzial» für die Wirtschaft betrachtet. Dennoch kann in Deutschland und der EU weiterhin von einer Hegemonie antimigrantischer Politik gesprochen werden. Denn die prinzipielle Entrechtung und Abschiebbarkeit von Nicht-StaatsbürgerInnen sind in Staat und Zivilgesellschaft nach wie vor mehrheitlicher Common Sense, auch wenn ihnen abgestufte Rechte zugesprochen werden. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um das herrschende Grenzregime spitzen sich verschiedene Entwicklungen der letzten Jahre zu. Ausgehend von dieser Dynamik eröffnen sich zugleich Perspektiven eines gegenhegemonialen Projekts, das die antimigrantischen Politiken und rassistischen Mobilisierungen infrage stellt.

¹ Dies ist eine überarbeitete und erweiterte Version des Textes, der als Diskussionsbeitrag erschienen ist in: *Peripherie – Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 138–139/2015, S. 327–335. Wegen der Schnelligkeit der Entwicklungen und Auseinandersetzungen im Migrationsregime ist stets der Redaktionsschluss dieser Analyse zu beachten: Anfang Dezember 2015.

INHALT

Einleitung	4
Die tödliche Politik des Grenzregimes	7
Proteste gegen die europäischen Grenzen	9
Rassistische Mobilisierungen und Angriffe	11
Antimigrantische Politik in Deutschland	14
Der lange Sommer der Migration ...	17
... und der kühle Herbst der Reaktion	19
«Refugees Welcome» im Mainstream: Fallstricke und Potenziale der Flüchtlingshilfe	23
Das Migrationsregime grundsätzlich infrage stellen: Perspektiven eines gegenhegemonialen Projekts	28
Literatur	34

EINLEITUNG

Die gegenwärtige Krise des europäischen Migrationsregimes ist nicht aus dem Nichts heraus entstanden. Sie steht vielmehr im Zusammenhang mit einer lang anhaltenden «multiplen Krise» (Demirović u. a. 2011). Diese umfasst neben der sich seit 2008 zuspitzenden Wirtschafts- und Finanzkrise eine Krise der parlamentarischen Demokratie, der Geschlechterverhältnisse, des Zugangs zu Bildung sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in Form des Klimawandels. Europa ist durch eine ungleiche Beziehung von nördlichen und süd(öst)lichen Mitgliedstaaten gespalten: Interne und externe Kräfteverhältnisse erzeugen vermehrt Spannungen, die sich an verschiedenen Stellen bündeln und offen hervortreten. So ist die derzeitige Krise des Migrationsregimes auch eine Folge der Ereignisse im Jahr 2011, als die Eurokrise einen ersten Höhepunkt erreichte und es gleichzeitig in den Staaten südlich und östlich des Mittelmeers zu Aufständen und Umbrüchen kam (vgl. Kasperek/Tsianos 2015). Während dieses Arabischen Frühlings sind die postkolonialen und imperialen Verbindungen zu Wächterstaaten, die im Sinne des europäischen Grenzregimes Migration kontrollieren sollten, brüchig und in der Folge die Grenzen Griechenlands und Italiens zunehmend durchlässig geworden (vgl. Buckel 2015). Zugleich sind in Libyen, Syrien und anderen Staaten neue Fluchtgründe entstanden, für die die Europäische Union mitverantwortlich ist.

Nachdem bereits 2011 viele ihr Recht auf Bewegungsfreiheit durchgesetzt hatten und nach Europa gekommen waren (vgl. Cuttitta u. a. 2011), fanden

2012 inmitten der EU weithin sichtbare Proteste von Geflüchteten statt, die die Widersprüche der europäischen Migrationspolitik verdeutlichten und zurückwiesen. Die selbstorganisierten politischen Bewegungen von Geflüchteten am Oranienplatz in Berlin, von *Lampedusa in Hamburg* und anderen Gruppen an verschiedenen Orten in und um Europa machten ihre Entrechtung und ihre Forderungen zunehmend sichtbar (vgl. Ataç u. a. 2015). Im Jahr 2013 verschärfte sich die Krise der europäischen Migrationspolitik, als die tödlichen Auswirkungen des Grenzregimes einer breiten Öffentlichkeit bewusst wurden: Vor der Mittelmeerinsel Lampedusa ereignete sich im Oktober 2013 ein besonders schweres Bootsunglück, bei dem fast 400 Menschen starben. Daraufhin gab es einen kurzen Aufschrei in Medien und Politik, der jedoch schon nach kurzer Zeit wieder verhallte.

Bereits 2013, vor allem aber ab 2014 kam es – ausgehend von Pegida und lokalen Bürgerinitiativen – verstärkt zu rassistischen Mobilisierungen in Deutschland. Sie verdeutlichen, dass sich die Kämpfe gegen Migration nach Europa beziehungsweise Deutschland und der die Gesellschaft durchziehende Rassismus neu formiert haben.

Im Jahr 2015 überschritten sich all diese Entwicklungen – die Ereignisse im Schengen-Raum überschlugen sich.² Im Frühjahr ertranken so viele Menschen auf

² Das Schengener Abkommen ist eine Übereinkunft vieler europäischer Staaten, das 1985 von Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und Deutschland unterzeichnet wurde und das die Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen diesen Staaten vorsieht. 1999 wurde das Abkommen in das EU-Recht überführt. Es sind jedoch nicht alle EU-Länder Mitglied dieses «Schengen-Raumes», während einige Nicht-EU-Länder dem Schengener Abkommen beigetreten sind.

ihrem Weg nach Europa oder kamen auf andere Weise ums Leben wie nie zuvor. Die tödlichen Ereignisse im Mittelmeer führten zu einer kritischen Wahrnehmung durch Medien und Öffentlichkeit und einer zeitgleichen repressiven Reaktion durch das europäische Migrationsregime. Während weiterhin Menschen im Mittelmeer starben, verschob sich der öffentliche Fokus im Sommer auf die europäischen Binnengrenzen: Täglich kam es zu neuen Bewegungen der Migration entlang der Route über die Balkanländer in Richtung Nordeuropa, während die Regierungen verschiedener EU-Länder neue Kontrollen und Zäune errichten ließen. Angesichts der langen Wanderungen von Flüchtenden, die sich aus Ungarn nach Österreich, Deutschland oder Schweden auf den Weg machten, schrieben Bernd Kasperek und Marc Speer Anfang September: «Die Grenzen sind offen, das Grenzregime ist in der Defensive» (Kasperek/Speer 2015). Die Fußmärsche und die «Züge der Hoffnung» haben erneut gezeigt, dass Migration nicht nach Belieben durch staatliche Grenzkontrollen aufzuhalten ist. Dennoch versuchen sich PolitikerInnen immer wieder daran: Während Geflüchtete an deutschen Bahnhöfen mit großem Jubel empfangen wurden und sich Deutschland als Weltmeister der Willkommenskultur feiern ließ, errichtete die Bundesregierung über Nacht wieder nationale Grenzkontrollen, setzte nicht mit Grundrechten vereinbare Asylrechtsverschärfungen durch und erfüllte damit die rassistischen Forderungen von NationalistInnen und «besorgten BürgerInnen». Auf den langen Sommer der Migration folgte im Herbst 2015 die Reaktion des deutschen und europäischen Grenzregimes mit neuen Kontrollen, Zäunen und Lagern.

Zwei gegensätzliche Bewegungen – die zum Teil in ihrer Widersprüchlichkeit zusammenwirken – verweisen dabei auf einen tiefen Konflikt in der Gesellschaft: Einerseits wird der Slogan «Refugees Welcome» zum Mainstream, und an vielen Orten entstehen Initiativen, die Geflüchtete bei ihrer Ankunft oder Weiterreise unterstützen; andererseits nehmen rassistische Mobilisierung und rechter Terror zu, steigt die Zahl der Angriffe auf Geflüchtete und Unterkünfte massiv gegenüber den Vorjahren an.³ «Wir befinden uns mitten in einem offenen gesellschaftlichen Konflikt», schreibt Sebastian Friedrich (2015a) und warnt von einem staatlich vermittelten Kompromiss zwischen «Willkommenskultur» und Rassismus.

Die Ereignisse des Jahres 2015 haben dabei deutlich gemacht: Das deutsch-europäische Migrationsregime ist in seiner bisherigen Form gescheitert. Deutschland und Europa stehen «am Wendepunkt»: Wird sich in der Reaktion auf die Bewegungen der Migration ein Europa nationaler Repression durchsetzen, oder wird «sich Europa öffnen und einen Prozess der Neuorientierung und Pluralisierung zulassen, der dem 21. Jahrhundert angemessen wäre» (Moving Europe 2015)?

Im Folgenden stellen wir die unterschiedlichen Entwicklungen und Konflikte der letzten Jahre in einen Zusammenhang und zeigen, dass sowohl die Konsequenzen der nationalistischen und rassisti-

³ 2014 gab es laut Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl (2015a) 247 gewalttätige Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, wobei 36 Brandanschläge und 81 Angriffe auf Einzelpersonen registriert wurden. Im Jahr 2015 waren es bis zum 2. Dezember 470 Angriffe auf Unterkünfte (davon 105 Brandanschläge) und 130 Angriffe mit Körperverletzung sowie 276 flüchtlingsfeindliche Versammlungen; vgl. Pro Asyl 2015b; vgl. auch www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle.

schen Mobilisierungen und Politiken als auch die migrantischen Proteste dagegen zunehmend öffentlich sichtbar geworden sind. In der Folge ist der meist stumme und passive Konsens der europäischen Mehrheitsgesellschaften – in denen sich viele nicht explizit gegen Migration als solche äußern, aber dennoch restriktive Maßnahmen mittragen – vielfach brüchig geworden. Es wird immer schwerer, sich einer individuellen und kollektiven Verantwortung für die aktuell herrschende Politik zu entziehen. Die verstärkte Polarisierung und Konflikthafigkeit der europäischen Gesellschaften verlangt nach einer Positionierung – für oder gegen Pegida, für oder gegen die tödlichen Grenzkontrollen der EU, für oder gegen eine Geflüchtetenunterkunft in der eigenen Nachbarschaft.⁴ Während viele der zu treffenden Entscheidungen nicht in den Händen der einzelnen Menschen in Europa liegen, so ist es doch an ihnen, Verantwortung in den politischen und sozialen Verhältnissen ihrer Umgebung zu übernehmen. Dabei ist es dringender denn je, der nach wie vor antimigrantisch geprägten hegemonialen Politik sowie den verstärkten rassistischen Mobilisierungen in Deutschland und Europa ein gegenhegemoniales Projekt entgegenzusetzen, das die Konflikte in verschiedenen politischen Räumen verknüpft und linke sowie linksradikale mit liberalen und bisher nur wenig politisierten Positionen und Strömungen verbindet.⁵

Nach einem Überblick der Reaktionen auf die tödlichen Ereignisse im Mittelmeer im Frühling 2015 werden wir auf die Kämpfe der Migration seit 2012 eingehen, um daran anschließend die rassistischen Mobilisierungen gegen Migration ab 2013 sowie die Asylrechts-

verschärfungen 2015 in Deutschland zu diskutieren.⁶ In den darauffolgenden Abschnitten analysieren wir die Aneignung des Rechts auf und die Kontrolle von Mobilität ab dem Sommer 2015 sowie die Entstehung diverser Willkommensinitiativen an jenen Orten, an denen vermehrt Geflüchtete ankamen. Diese zahlreichen «Refugee Welcome»-Initiativen in Deutschland bieten einen Ansatzpunkt, um abschließend die Möglichkeiten eines links(radikal)-liberalen gegenhegemonialen Projekts zu reflektieren.

⁴ Die Polarisierung der Gesellschaft lässt sich etwa auch aus einer Politbarometer-Umfrage vom 23. Oktober 2015 herauslesen: Während knapp die Hälfte der Befragten meint, dass Deutschland die «vielen Flüchtlinge» «verkräften» kann, sieht die andere Hälfte dies nicht so (vgl. www.heute.de/deutsche-mehrheit-fuer-transitzonen-cducus-im-minus-fdp-bei-fuenf-prozent-seehofer-mit-verlusten-40678036.html). Zugleich können Umfragen auch auf das Potenzial eines (pro-)migrantischen Gesellschaftsprojekts hindeuten: Fast die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland hat sich in diesen Jahr in irgendeiner Art an Flüchtlingshilfe beteiligt. Knapp 44 Prozent der Befragten einer Forsa-Umfrage gaben an, gespendet zu haben oder sich in anderer Form in der Flüchtlingshilfe zu engagieren (vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/umfrage-44-prozent-der-deutschen-beteiligen-sich-an-fluechtlingshilfe-a-1056902.html). ⁵ Mit seinen Analysen von Hegemonie versuchte Antonio Gramsci zu begreifen, wie sich kapitalistische Herrschaftsverhältnisse trotz ihrer wiederholten Krisen reproduzieren und stabilisieren können, indem er insbesondere die Rolle von Kompromissen, Einbindung und kultureller Vergesellschaftung herausarbeitete. Die Macht der Hegemonie wirkt über eine Universalisierung von partikularen Diskursen und Positionen, sie verknüpft auch konkurrierende gesellschaftliche Kräfte zu einem «Block an der Macht» (Poulantzas 2002: 121) und geht über die Staatsapparate im engeren Sinne hinaus. Hegemonie wirkt ebenso im erweiterten Staat der Zivilgesellschaft und verbindet Elemente von Konsens und Gewalt, sie ist «Hegemonie, gepanzert mit Zwang» (Gramsci 1991–2002: H.6, §88; vgl. Opratko 2012). Gesellschaftlicher Common Sense oder Konsens ist demnach weniger eine ungezwungene Übereinkunft freier Individuen, sondern entsteht durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse: «Was «öffentliche Meinung» genannt wird, ist aufs Engste mit der politischen Hegemonie verknüpft, es ist nämlich der Berührungspunkt zwischen «Zivilgesellschaft» und «politischer Gesellschaft», zwischen dem Konsens und der Gewalt.» (Gramsci 1991–2002: H.7, §83). Eine Analyse der tiefen «Hegemonie von Grenzen und ungleicher Staatsbürgerschaft» (Buckel u. a. 2013: 79) in Europa bieten Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wessel in der Abschlusspublikation der Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa»; vgl. auch ihre Ausführungen zum «linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt» (ebd.: 76ff.). Alfonso Gonzales (2014) beschreibt die antimigrantische Hegemonie in den USA. ⁶ Im Anschluss an den Begriff einer relativen Autonomie der Migration, auf den wir im Textverlauf zurückkommen, verstehen wir Migration im weitesten Sinne als eine soziale Bewegung in gesellschaftlichen Machtverhältnissen (vgl. Tsianos/ Karakayali 2014: 332; Bojadžijev/Karakayali 2007: 204; Karakayali/Tsianos 2007: 9).

Innerhalb einer Woche ertranken bei Bootsunglücken Mitte April 2015 mehr als 1.200 Menschen im Mittelmeer. Damit erreichte die tödliche Politik des europäischen Grenzregimes, das seit dem Jahr 2000 über 30.000 Tote zu verantworten hat, einen neuen traurigen Höhepunkt.⁷ Die Trägerin des Friedensnobelpreises von 2012, die Europäische Union, ist für den Tod dieser Menschen verantwortlich: Sie verweigert Visa und militarisiert ihre Grenzen, wodurch die Fluchtrouten und Reisewege für MigrantInnen immer gefährlicher werden, und schaut dann zu, wie sie auf hoher See untergehen. Denn nach diesen entsetzlichen Ereignissen auf dem Mittelmeer – die erneut das alltägliche Sterben ins öffentliche Bewusstsein rückten – hätte die europäische Migrationspolitik simple und schnelle Konsequenzen ziehen können: Rettungseinsätze starten und sichere Migrationsmöglichkeiten eröffnen. Während die herrschende Politik stattdessen bald zum Status quo zurückkehrte, ist im Frühjahr 2015 vorübergehend eine kritische Öffentlichkeit entstanden, die eine unterlassene Hilfeleistung durch die Europäische Union oder gar deren Politik selbst als Ursache des Sterbens auf dem Mittelmeer kritisierte und einen hohen Handlungsdruck auf die EU und ihre Mitgliedstaaten ausübte.

In weiten Teilen der Medienlandschaft wurde der Europäischen Union vorgeworfen, die italienische Kontroll- und Rettungsoperation Mare Nostrum beendet zu haben, die als Reaktion auf das Bootsunglück mit fast 400 Toten vor Lampedusa im Oktober 2013 entstanden war. Mare Nostrum war zwar nicht nur ein humanitäres, sondern auch ein mili-

tärisches Projekt mit dem Ziel, «SchlepperInnen» zu bekämpfen. Es entwickelte sich jedoch zu einem umfassenden Seenotrettungsprogramm, durch welches zum ersten Mal in der Geschichte des europäischen Migrationsregimes versucht wurde, «das Primat der Rettung von Menschenleben in der Grenzpraxis durchzusetzen» (Kasperek 2015: 16). Nachdem das Programm knapp ein Jahr lang gelaufen war, entschied die italienische Regierung, es nicht weiterzuführen, nachdem EU-Staaten eine finanzielle Unterstützung ausgeschlossen hatten. Dies geschah insbesondere auf Drängen des deutschen Innenministers Thomas de Maizière, der behauptete, Mare Nostrum wirke als «Pull-Faktor» und ziehe MigrantInnen an (vgl. Riegert 2014). Im November 2014 wurde es durch die europäische Frontex-Mission Triton ersetzt. Diese war zunächst mit nur einem Drittel des Budgets von Mare Nostrum ausgestattet. Ihre Schiffe patrouillierten anfangs ausschließlich in europäischen Küstengewässern und die Mission war explizit eine Grenzschutz- und keine Rettungsmission (vgl. Kingsley/Taynor 2015). Diese Entscheidung der EU ist daher zu Recht als «ein angekündigtes Programm zum Ertrinkenlassen» bezeichnet worden (Bauer 2015).

Der SZ-Redakteur Heribert Prantl war einer der wenigen im medialen Mainstream, die nicht bloß die unterlassene Hilfeleistung skandalisierten, sondern

⁷ Die Zahlen sind dem Projekt *Migrants' Files* entnommen (www.detective.io/detective/the-migrants-files/). Auf der Website von *borderline-europe* werden täglich Presseberichte gesammelt (www.borderline-europe.de). Auch die *Weekly Reports* des *Watch the Med Alarm Phone* dokumentieren die tödliche Politik des europäischen Grenzregimes (<http://alarm-phone.org/de/category/aktuelles/>).

die Schuld der EU benannten, die den Tod von Migrierenden einkalkuliert – und damit de Maizières kaltblütige Problematisierung von Rettung als «Pull-Faktor» zu Ende denkt: «Ihr Tod wird hingenommen, er wird in Kauf genommen; er soll abschreckend auf andere Flüchtlinge wirken; er soll von der Flucht abhalten. Europa schützt sich vor Flüchtlingen mit toten Flüchtlingen» (Prantl 2015). In seinem Kommentar in den Tagesthemen vom 19. April 2015 sprach Markus Preiß von einer «Schande für Europa»: «So zynisch können wir gar nicht sein, Menschen quasi zur Abschreckung ertrinken zu lassen, damit der Rest keine Lust auf Flucht hat. Deutschland hat gerade bei dieser Entscheidung eine unrühmliche Rolle gespielt. Wir, die wir uns immer für menschlich und aufgeklärt halten, an unserer Außengrenze sind wir herzlos, grausam und mörderisch» (Preiß 2015). Mit ihrem Zehn-Punkte-Plan reagierte die EU im April 2015 nur wenige Tage nach den tödlichen Ereignissen trotz aller Kritik mit einer Ausweitung repressiver Maßnahmen, die im Mai in der «Europäischen Agenda für Migration» bestätigt wurden: Verdreifachung der Gelder für Frontex-Operationen, militärischer Kampf gegen «SchlepperInnen», schnellere Abschiebungen, verschärfte Grenzkontrollen sowie deren weitere Vorverlagerung in afrikanische Staaten. «Dieses überbordende Kontroll- und Sicherheitsparadigma soll den Bürgerinnen und Bürgern Handlungsfähigkeit suggerieren», erklärte Sabine Hess in einer Mitteilung des Rats für Migration. «Doch Menschen, die in Krieg, Elend und Verachtung leben, werden sich davon nicht abschrecken lassen – sie werden weiter ihre Länder verlassen und vor den Toren Europas sterben» (Rat für Migration 2015; vgl. Hess u. a. 2014).

Des Weiteren wird mit dem Schlagwort der Bekämpfung von Fluchtursachen eine Politik fortgesetzt, welche die in ihrer derzeitigen Form ohnehin fragwürde «Entwicklungshilfe» mit Migrationskontrollen verknüpft, sie für diese instrumentalisiert und darauf abzielt, Migration bereits in ihrem Entstehen zu verhindern (vgl. Schwertl 2015). Ein Schwerpunkt ist zudem die erneute Kriminalisierung und Bekämpfung von «SchlepperInnen» – vorgeblich um Migrierende zu schützen, obwohl diese in Wahrheit auf Dienstleistungen zur Fluchthilfe angewiesen sind und sich häufig des Risikos bewusst sind.⁸ Um die Boote der «SchlepperInnen» mit militärischen Mitteln bereits außerhalb der EU-Grenzen zerstören zu können, bemühte sich die Union sogar um ein UN-Mandat, für das sie die Flüchtlingsbewegungen als eine Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen musste. Die «Schlepper» als der befeindete Andere scheinen derzeit das zu sein, was die europäische Migrationspolitik in ihrer Krise noch zusammenhält: «Die vermeintliche Skrupellosigkeit, Geldgier, Niedertracht der Schlepper ist das einzige Narrativ, auf das sich Europas Politiker in der Asyldebatte verständigen können» (Popp 2015a).

Die Schiffsunglücke auf dem Mittelmeer haben trotz der überwiegend repressiven Reaktion des europäischen Migrationsregimes zu einem Bruch im herrschenden Diskurs geführt, der kritische Perspektiven für einen Moment zum medialen Mainstream werden ließ. Für eine

⁸ Zweifellos gibt es auch skrupellose FluchthelferInnen, die um jeden Preis auf Profit aus sind und Migrierende unnötigen Risiken aussetzen oder ihren Tod in Kauf nehmen. Dieses Geschäft mit der Flucht sehen wir jedoch als bloßes Symptom des restriktiven Visaregimes der Europäischen Union, das erst dazu führt, dass Migrierende solch gefährliche Routen einschlagen müssen.

kurze Zeit konnte man auf einen grundlegenden Wandel hoffen, doch ist es nicht gelungen, durch Kritik und Protest selbst kurzfristig realisierbare Alternativen wie «humanitäre Korridore» durchzusetzen.

Die Reaktion der EU steht im Zusammenhang mit der medialen Inszenierung der Schiffsunglücke. Die Bilder überfüllter Boote und anonymer Menschenmassen erzeugen den Eindruck einer bedrohlichen Menge. In Verbindung mit bereits vorhandenen Rassismen lösen sie diffuse Ängste in den europäischen Bevölkerungen aus. Sie führen zu einer entmenslichenden Darstellung der Migrierenden und sind zugleich Teil eines humanitaristischen Diskurses, in dem diese als passive Opfer oder als zu bekämpfende «SchlepperInnen» erscheinen (vgl. Bojadžijev/Karakayali 2007: 206). Aber MigrantInnen lassen sich nicht auf diese Rolle als Opfer oder Kriminelle reduzieren, sondern eignen sich aktiv ihr Recht auf Bewegungsfreiheit an (vgl. Scheel 2015).

Das im Oktober 2014 initiierte zivilgesellschaftliche Projekt *Watch the Med – Alarm Phone* versucht, diese relativ autonomen Bewegungen der Migration zu unterstützen, leitet mit seiner 24-Stunden-Hotline von Schiffen abgesetzte Notrufe an Behörden weiter und baut öffentlichen Druck auf, wenn diese die Verantwortung von sich weisen und die Rettung verzögern (vgl. Sontowski 2015;

Stierl 2015). Neben dieser akuten und humanitären Hilfe in Seenotfällen stellte es die bestehende Migrationspolitik infrage und forderte, vom Recht auf globale Bewegungsfreiheit ausgehend, mit dem Slogan «Fähren statt Frontex» eine radikale und zugleich sofort umsetzbare Alternative (Alarm Phone 2015). Die Forderung wurde nicht nur bei zahlreichen Demonstrationen aufgenommen, auch der UN-Berichtersteller für Flüchtlinge, François Crépeau, setzte sich für eine solche humanitäre Fährverbindung von Nordafrika nach Europa ein (vgl. Jackson 2015). Weitere nicht staatliche Initiativen zur Suche und Rettung von Schiffen in Seenot auf dem Mittelmeer sind *Migrant Offshore Aid Station* (MOAS) und *Sea-Watch*. Noch vor der solidarischen Unterstützung der Migration sind es aber die Migrierenden selbst, die das Recht auf Bewegungsfreiheit gegenüber den Grenzkontrollen durchsetzen – wenn auch viele dafür einen hohen Preis zahlen müssen, auf dem Weg ihre Hoffnung verlieren, in «Transitstaaten» stecken bleiben oder sterben. Neben der alltäglichen Aneignung von Mobilität und von Rechten ist es insbesondere seit 2012 zudem verstärkt zu sichtbaren Politiken der Migration gekommen, die die Widersprüche der europäischen Migrationspolitik mit gezielten Protestkampagnen und Forderungen verdeutlichen und zurückweisen.

PROTESTE GEGEN DIE EUROPÄISCHEN GRENZEN

In den letzten Jahren sind verstärkt von MigrantInnen selbstorganisierte Protestbewegungen sowie solidarische Zusammenhänge entstanden, die sich gegen die Entrechtung durch das europäische

Migrations- und Grenzregime richten (vgl. Ataç u. a. 2015). Durch ihre öffentliche Präsenz an vielen Orten sowie in sozialen und Massenmedien können die Menschen in Europa sich nicht mehr da-

rauf berufen, sie hätten von dieser Ungerechtigkeit nichts gewusst.

Die Bootsunglücke vor Lampedusa sind zu einem Anstoß für transnationale Vernetzungen und für ein Treffen von Organisationen auf der Insel geworden, auf dem mit der «Charta von Lampedusa» eine gemeinsame Erklärung verabschiedet wurde, die für Bewegungs- und Bleibefreiheit eintritt: «Die Charta von Lampedusa ist weder eine Gesetzesvorlage noch eine Aufforderung an Staaten und Regierungen. Sie ist Recht von Unten, das auf der ganzen Welt geltend gemacht werden soll» (Charta von Lampedusa 2015). Gleichzeitig werden auf der Insel lokale Kämpfe ausgetragen, wie die Proteste gegen das Abnehmen von Fingerabdrücken im Zusammenhang mit dem Dublin-Regime sowie gegen die Bedingungen im dortigen Flüchtlingslager im September 2011 zeigen. In dem bereits genannten Projekt des *Alarm Phone*, das ebenfalls ausgehend von den Bootsunglücken vor Lampedusa entstanden ist, sind diverse Gruppen vernetzt, die alle eigene Kampagnen, Proteste und Initiativen rund um die Außengrenze verfolgen.⁹ So hat etwa *Welcome 2 Europe* (W2EU) zusammen mit *Jugendliche ohne Grenzen* (JoG) 2015 bereits zum dritten Mal eine Reise organisiert, die AktivistInnen, von denen viele selbst einst über Griechenland nach Europa geflüchtet sind, noch einmal an die europäische Außengrenze führte. Auf der griechischen Insel Lesbos protestierten sie gegen das lokale Erstaufnahmelager, das Moria-Gefängnis, und ermutigten vor allem die neu Ankommenden (vgl. JoG/W2EU 2015).¹⁰

Neben diesen Kämpfen an den Außengrenzen sind die politischen Bewegungen auch im Inneren Europas seit 2012 er-

starkt (vgl. From the Struggles Collective 2015; Schwiertz 2016). So konnten sich MigrantInnen durch Proteste am Oranienplatz in Berlin, am Rindermarkt in München oder etwa am Weißekreuzplatz in Hannover eine öffentliche Bühne erkämpfen und als politische Subjekte sichtbar werden. Mit Bezug auf die italienische Mittelmeerinsel kämpft *Lampedusa in Hamburg* seit 2013 für ein Bleiberecht, für Arbeiterlaubnisse und soziale Teilhabe in der Stadt und wird dabei von einem breiten solidarischen Netzwerk unterstützt. Die Gruppe *Women in Exile* macht auf die spezifische Situation geflüchteter Frauen aufmerksam und kämpft gegen die sich aus der Verknüpfung von Rassismus und Sexismus ergebenden Diskriminierungen. Bei allen diesen Initiativen steht der Kampf gegen Abschiebung, für Bewegungsfreiheit und ein selbstbestimmtes Leben im Vordergrund. Er ist zugleich immer schon ein Kampf gegen die Viktimisierung und Kriminalisierung von MigrantInnen und für ihre Anerkennung als politische AkteurInnen.

Im Jahr 2015 sind diese Kämpfe weitergegangen. So haben Geflüchtete de facto mit ihren Fußmärschen quer durch Europa ihre Bewegungsfreiheit durchgesetzt, gab es erneut Proteste und Hungerstreiks gegen Kontrollen an den europäischen Außengrenzen und gegen unmenschliche Massenunterkünfte in alten Baumärkten oder Zelten in Deutschland sowie Auseinandersetzungen um Abschiebungen. So hat etwa die im Sommer 2015 gegründete Roma-Selbstorganisation *Romano Jekipe Ano Hamburg*

⁹ Dazu gehören *Watch the Med*, *Afrique Europe Interact*, *Boats4People*, *Borderline Europe*, *Voix des Migrants*, die Forschungsstelle *Flucht und Migration*, *No Borders Marokko* sowie *Welcome 2 Europe* (vgl. Sontowski 2015). ¹⁰ Informationen zu den Reisen finden sich auch unter: <http://birdsofimmigrants.jogspace.net>; <http://lesvos.w2eu.net/>.

Mitte September die Hauptkirche Sankt Michaelis – den Hamburger Michel – besetzt, um ihre Familien vor der drohenden Abschiebung in den Balkan zu schützen und für ein Bleiberecht zu kämpfen. Die massenmediale Aufmerksamkeit für migrantische Kämpfe hat im Vergleich zu 2012/13 tendenziell abgenommen. Gleichzeitig müssen migrantische AktivistInnen in Deutschland zunehmend mit staatlicher Repression und rassistischen Angriffen rechnen. So wurden im Dezember 2014 die Zelte des Refugee-Protestcamps in Hannover niedergebrannt.

In München wurden *Non-citizens*-AktivistInnen im Januar 2015 angegriffen und schließlich von der Polizei gezwungen, ihre Protestzelte abzubauen, da man ihre Sicherheit gegenüber dem Pegida-Ableger Bagida nicht gewährleisten könne, obwohl die Polizei deren Kundgebungen mit Hunderten BeamtInnen begleitete. Protestcamps in Dresden und auf dem Oranienplatz in Berlin wurden 2015 mehrfach angegriffen, nachdem der Großteil des Berliner Protestcamps bereits im April 2014 geräumt worden war (vgl. Pro Asyl 2015a).¹¹

RASSISTISCHE MOBILISIERUNGEN UND ANGRIFFE

In den Monaten nach der neuen Welle von selbstorganisierten Protesten von Geflüchteten haben sich auch rassistische Bewegungen in Deutschland neu formiert und mit bereits vorhandenen vernetzt. Die von rechtsradikalen sowie «ganz normalen» BürgerInnen organisierten Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte nahmen 2014 massiv zu¹² und konnten zugleich an bestehende Rassen in der deutschen Gesellschaft anknüpfen, von der ein großer Teil in den letzten Jahren bereits bei den antimuslimischen Tiraden von Sarrazin & Co. applaudiert und bei den Morden des NSU weggesehen hatte.

Symptomatisch für die neue rassistische Mobilisierung war eine im Juli 2013 abgehaltene Veranstaltung von LokalpolitikerInnen neben einer Schule im Berliner Stadtteil Marzahn-Hellersdorf, in der 200 Geflüchtete untergebracht werden sollten. Fast 1.000 AnwohnerInnen drängten sich auf dem Schulhof und riefen Sprechchöre wie «Nein zum Heim» und

«Volksverräter» in Richtung des Podiums (vgl. Mai 2013). Während rechte Gruppierungen mit 80 Personen ebenfalls vor Ort waren und der NPD-Landesvorsitzende die Stimmung über Mikrofon anheizen durfte (vgl. Heine u. a. 2013), zeigten die frenetisch gefeierten Äußerungen von nicht rechtsradikal organisierten AnwohnerInnen, dass bereits ein rassistischer Nährboden vorhanden ist, an den rechte Bewegungen anknüpfen können. Menschen aus der Nachbarschaft sprachen von der vermeintlichen Bedrohung durch Geflüchtete und einer «drohenden Überfremdung» und bedienten sich dabei derselben Rhetorik wie andere Proteste an mehreren Orten in Deutschland, bei denen Geflüchtete als Diebe und Vergewaltiger dargestellt wurden, die vor allem Lärm und Müll produzieren würden (vgl. Mai 2013). Im Winter 2014 erreich-

¹¹ Zu den Angriffen auf die Protestcamps vgl. <https://fluechtlingscampnhannover.wordpress.com>; <http://refugeestruggle.org/de>; <https://refugeestruggledresden.wordpress.com>; <http://oplatz.net>. ¹² Vgl. oben, Anmerkung 3.

ten die Proteste eine neue Qualität: Die Bürgerbewegung Marzahn organisierte regelmäßig «Montagsdemonstrationen» mit bis zu 1.000 Personen gegen die Unterkunft. «Ein Blick auf die Organisationsstrukturen und Teilnehmenden zeigt die Berührungspunkte rassistischer AnwohnerInnen mit organisierten Neonazis und rechten Hooligans sowie dem rechtspopulistischen Lager um Pro Deutschland und BÄRGIDA» (apabiz 2015).

Während sich die rassistischen Ressentiments der Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte in Deutschland ähneln, unterscheiden sich je nach sozialer Schicht die Mittel und die Vorgehensweisen: In Marzahn-Hellersdorf und an anderen Orten greifen mittelständische und ärmere Bevölkerungsteile auf Protestmärsche und Gewalt zurück, betuchte AnwohnerInnen in reicheren Vierteln wählen häufig den juristischen Weg und ziehen anwaltliche Schritte den Aktionen auf der Straße zunächst vor. Im noblen Hamburger Stadtteil Harvestehude etwa klagten NachbarInnen gegen eine geplante Geflüchtetenunterkunft und konnten gerichtlich vorübergehend einen Baustopp erwirken (vgl. Postel 2015). Sie befürchteten neben «Drogenhandel» und «Krawallen» eine Wertminderung ihrer Grundstücke (vgl. Schrep 2015). Ausgehend von klassistisch-rassistischen Argumenten argumentierten sie paternalistisch mit dem Wohl der Geflüchteten selbst: Die Kluft zwischen Arm und Reich könne Neid und Missgunst erzeugen, und die Geflüchteten würden sich, hieß es ergänzend zynisch, zwischen all den Luxuslimousinen und Villen sicher nicht wohl fühlen (ebd.).

Dass nicht nur organisierte Neonazis zu drastischen Mitteln greifen, zeigte ein bisher «unbescholtener» und mittlerwei-

le verurteilter Finanzbeamter in Eschburg bei Hamburg. Er zündete im Februar 2015 ein Nachbarhaus an, in das sechs irakische Geflüchtete einziehen sollten, da er Frauen und Kinder aus der Nachbarschaft vor diesen habe beschützen wollen und Angst gehabt habe, dass «die Idylle beeinträchtigt» werde (Jüttner/Wiedmann-Schmidt 2015).

Die Proteste gegen die Geflüchtetenunterkünfte sind meist mit einem Diskurs um «besorgte BürgerInnen» verknüpft, durch den die Rassismen der gesellschaftlichen Mitte verharmlost werden (vgl. Deutschland demobilisieren 2015). In Berlin betonte etwa der Sozialsenator Mario Czaja, «es gebe durchaus berechtigte Sorgen und Ängste, wenn ein Flüchtlingsheim in der Nachbarschaft entstehe» (Heine u. a. 2013). Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach mahnte entsprechend: «Man muss die Sorgen der Anwohner ernst nehmen» (Gajevic 2013). Und während sich der innenpolitische Sprecher der SPD Michael Hartmann gegen «rechtspopulistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge» aussprach, betonte er zugleich, «es sei richtig, die Sorgen und Ängste von Anwohnern ernst zu nehmen» (ebd.). Die Sorgen und Ängste der Geflüchteten, die in einem Umfeld wohnen müssen, das ihnen allzu häufig mit Hass und Gewalt begegnet, wurden hingegen in den meisten Fällen gar nicht erst erwähnt. Auch die in der sogenannten Mitte verbreiteten Rassismen wurden im öffentlichen Diskurs bis auf wenige Ausnahmen ausgeblendet. Thematisierten RegierungspolitikerInnen rassistische Exzesse, wie im August 2015 in Heidenau, wo AnwohnerInnen ein Wochenende lang relativ unbehelligt gegen eine Geflüchtetenunterkunft wüteten, dann stellten sie diese häufig als ein Randphä-

nomen dar. So bezeichnete Vizekanzler Sigmar Gabriel die rassistischen Demonstrierenden bei einem Besuch vor Ort als «Pack» und ergänzte: «Das sind Leute, die mit Deutschland nichts zu tun haben» (zit. nach: Gathmann 2015). Während seine Distanzierung von rassistischer Gewalt eine wichtige Geste darstellte, schob Gabriel die Vorkommnisse durch seine Äußerung an einen imaginierten gesellschaftlichen Rand und sprach die Mehrheitsbevölkerung implizit von jeglichem Verdacht rassistischer Haltungen frei. Rassistisch ist das «Pack», der anständige deutsche «Bürger» hat damit nichts zu tun – so könnte die Aussage auch interpretiert werden.

Seit 2013 finden «besorgte BürgerInnen» einen neuen Ansprechpartner mit der Alternative für Deutschland (AfD), die zu einem Sammelbecken von National-Neoliberalen, Rechtskonservativen und RechtspopulistInnen avancierte. Bereits während des Bundestagswahlkampfes 2013 hängte die AfD Plakate zum Thema Migration mit der von Horst Seehofer und der NPD entliehenen Aussage «Wir sind nicht das Weltsozialamt» auf (vgl. Friedrich 2015b: 36ff.). Der damalige Vorsitzende Bernd Lucke bezeichnete MigrantInnen mit vermeintlich niedrigem Bildungsniveau als «sozialen Bodensatz». Die Einstellungen der WählerInnen geben Aufschluss über die Gründe der Wahlerfolge in den Länderparlamenten Sachsens, Thüringens und Brandenburgs: Die «Begrenzung der Zuwanderung» gehört für 80 Prozent der AfD-WählerInnen zu den Kernkompetenzen der Partei (Kahrs 2015: 6).

Nicht überraschend ist daher die Unterstützung, die das von Rassismen durchzogene Bündnis Pegida von der AfD erhielt. Lucke stellte sich explizit hinter

Pegida und zeigte Verständnis für deren Sorge um eine «Islamisierung»; und AfD-Gründungsmitglied Alexander Gauland rief offen dazu auf, ihre Demonstrationen zu unterstützen (vgl. Bielicki/Schneider 2014). Pegida entwickelte sich zwischen Ende 2014 und Anfang 2015 zu einer Massenbewegung von bis zu 20.000 TeilnehmerInnen (vgl. Netz-gegen-Nazis 2015). Viele von ihnen bezeichnen sich als «deutsche Patrioten», 73,1 Prozent stimmen laut einer von Januar bis Mai 2015 durchgeführten Studie der Technischen Universität Dresden der Aussage zu, Deutschland nehme zu viele AsylbewerberInnen auf (Patzelt/Eichardt 2015: 58). Die AutorInnen sehen in der Bewegung, die sich vor allem aus gut gebildeten Männern aus der Mittelschicht zusammensetzt, ein «populistisch nutzbares Mobilisierungspotenzial», das zwar «klar rechts, doch weit überwiegend nicht rechtsradikal» sei.¹³ Damit zeigt sich: Neu sind nicht die rassistischen Einstellungen der Durchschnittsbevölkerung, sondern die Form und Wirksamkeit ihrer öffentlichen Mobilisierung (vgl. Kahrs 2015: 1). Die AfD war zumindest zeitweise «Teil eines neokonservativen Hegemonieprojekts» (Friedrich 2015b: 101), welches die Rassismen verschiedener Bevölkerungsgruppen kanalisierte, gerade durch seinen rechten Rand aber vorübergehend in eine Krise geraten war, was sich in der Spaltung der Partei nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch die rechtskonservative Frauke Petri im Juli 2015 äußerte. Mittlerweile ist die AfD zu einer klassisch rechtspopulistischen Partei geworden und marschiert gemeinsam mit Pegida gegen «Asylmissbrauch», wobei die Partei von der Hetze Horst See-

¹³ https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida.

hofers und anderer profitiert und WählerInnen vom rechten Rand der CSU abwerben kann (vgl. Friedrich 2015c).

In anderen EU-Mitgliedstaaten konnten rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien in den letzten Jahren ebenfalls einen massiven Zuwachs verzeichnen. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Schweizerische Volkspartei (SVP), der Front National (FN) von Marine Le Pen in Frankreich, die von Geert Wilders angeführte niederländische Partei für die Freiheit (PVV), der Vlaams Belang aus Belgien, die Lega Nord aus Italien, die UK Independence Party in Großbritannien oder die neonazistische Partei Goldene Morgenröte in Griechenland sowie weitere rechte Parteien in anderen EU-Staaten hetzen seit Jahren gegen Mig-

rantInnen und können in Verbindung mit rassistischen Bürgerinitiativen gegen Geflüchtete vielfach Stimmen und Einfluss gewinnen (vgl. Candeias 2015). In Ungarn führt die rechtspopulistische Partei Fidesz mit Präsident Victor Orbán sogar die Regierung, und auch in Polen konnte der Kandidat der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit, Andrzej Duda, im Oktober 2015 die Präsidentenwahl für sich entscheiden. Die rechtspopulistischen Parteien bestimmen durch ihren wachsenden Einfluss zunehmend auch die Politik der «Volksparteien». Für den deutschen Kontext bedeutet das: «AfD, PEGIDA und Co. dürften damit seit ihrer Entstehung momentan den größten Einfluss auf die herrschende Politik haben» (Friedrich 2015c).

ANTIMIGRANTISCHE POLITIK IN DEUTSCHLAND

Dass sich rassistische Mobilisierungen auf Migrations- und Asylpolitiken auswirken, zeigte sich bereits in den 1990er Jahren, als ein breites Bündnis aus CDU/CSU, FDP und SPD mit dem «Asylkompromiss» 1993 das Grundrecht auf Asyl in Deutschland durch umfassende Einschränkungen faktisch abschaffte. Mit dem Prinzip der «sicheren Drittstaaten» und der sogenannten Flughafenregelung wurden Abschiebungen im Schnellverfahren in die Wege geleitet. Durch das Asylbewerberleistungsgesetz und andere diskriminierende Regelungen wurden Geflüchteten prekäre und isolierte Lebensbedingungen unter dem sozialstaatlichen Existenzminimum zugemutet, in der Hoffnung, sie würden «freiwillig» wieder ausreisen. Neben Debatten um einen angeblichen «Asylmissbrauch»

waren es 1992 das von bis zu 3.000 AnwohnerInnen getragene Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, wo eine Unterkunft vietnamesischer VertragsarbeiterInnen in Brand gesteckt wurde, und eine ganze Reihe tödlicher Brandanschläge in Mölln, Solingen und anderen Orten Deutschlands, die als Argument für den «Asylkompromiss» herangezogen wurden. Die in diesem Kontext entstandenen Politiken wurden in den folgenden Jahren auf die EU-Ebene übertragen: Drittstaaten- und Dublin-Regelung sind die Ziehkinder deutscher Migrationspolitik (vgl. Lehnert 2015: 6).¹⁴ Dabei handelt es sich

¹⁴ Die Drittstaatenregelung wurde 1993 ergänzend zum Paragraphen 16 des Grundgesetzes eingeführt, der ein Grundrecht auf Asyl in Deutschland festschreibt. Der hinzugefügte Paragraph 16a legt fest, dass Personen, die in ihrem Herkunftsstaat zwar politisch verfolgt werden, aber über einen Staat nach Deutschland migrieren, der als «sicher» gilt, in Deutschland kein Recht

um einen sich selbst verstärkenden Kreislauf: PolitikerInnen greifen rassistische Proteste auf, nutzen sie zur Legitimierung restriktiver Migrationspolitik, die wiederum diskriminierende Diskurse stützt und rassistischen Protesten den Anschein von Legitimität verleiht. Die Diskursfigur des «besorgten Bürgers» dient dabei als Schmiermittel für diese Spiralbewegung. Während sich der öffentliche Diskurs seit den 1990er Jahren deutlich verschoben hat und heute keine vergleichbare offene Hetze in den bürgerlichen Medien und Parteien stattfindet, erscheinen die Asylrechtsverschärfungen der Großen Koalition im Jahr 2015 dennoch wie eine gewisse Wiederholung der Geschichte. Mit dem «Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung» – welches als eine Reaktion auf das zunehmende Scheitern der Dublin-Regelung und auf Gerichtsurteile gegen Abschiebehaft gelesen werden kann – wurde im Juli 2015 eine massive Ausweitung von Inhaftierungsgründen, Abschiebungen, Aufenthalts- und Einreiseverboten beschlossen. Dabei wird nahezu jeder mögliche Weg der Einreise in die Bundesrepublik kriminalisiert. Auch *Jugendliche ohne Grenzen*, die seit zehn Jahren für ein Bleiberecht für Geflüchtete kämpfen, lehnen die diesbezüglichen Regelungen ab und bezeichneten bereits den Entwurf des Gesetzes als ein «groß angelegtes Inhaftierungs- und Abschreckungsprogramm» (JoG 2014).

Im Herbst 2014 war beschlossen worden, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als «sichere Herkunftsstaaten» einzustufen, um Staatsangehörige dieser Länder noch schneller abschieben zu können. Auch der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat der Regelung zugestimmt, die dem *Netzwerk*

kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) zufolge in einen «antiziganistischen Diskurs eingebettet» ist und «die Unterstellung des «Asylmissbrauchs» gegen Roma aus den Westbalkanstaaten in Gesetzesform» gießt (kritnet 2015).

Die Asylrechtsverschärfung im Oktober 2015, welche die Liste der «sicheren Herkunftsstaaten» noch um Albanien, Kosovo und Montenegro erweitert, wurde von den Grünen ebenfalls mitgetragen. Das «Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz» zielt darauf ab, «Fehlansätze bei Menschen ohne Bleibeperspektive» zu beseitigen: Abschiebungen werden beschleunigt und dürfen nicht mehr angeköndigt werden, Lagerunterbringung und Residenzpflicht werden ausgeweitet, und vermehrt wird wieder das Sachleistungsprinzip eingeführt, was auch die Erfolge von (pro-)migrantischen Kämpfen der letzten Jahre bedroht. Außerdem werden Geflüchteten weitere grundlegende soziale Rechte entzogen, obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 2012 festgestellt hatte, dass das «Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums» in gleichem Umfang auch Geflüchteten zusteht und dass Menschenwürde «migrationspolitisch nicht zu relativieren» ist (BVerfG 2012).

auf Asyl geltend machen können. Da Deutschland von diesen als «sicher» kategorisierten Staaten umgeben und eine Einreise per Flugzeug für die meisten Flüchtenden ohne Visum unmöglich ist, gilt das Grundrecht auf Asyl in Deutschland seitdem als de facto abgeschafft. Das Dubliner Übereinkommen – in seiner dritten Fassung mittlerweile als Dublin III bezeichnet – trat erstmals 1997 in Kraft und wurde 2003 auf die gesamte EU übertragen. Es sieht vor, dass derjenige Staat, dessen Territorium eine AsylbewerberIn als Erstes betritt, für die Prüfung des Asylantrages zuständig ist. Auch hier gilt: Da Deutschland von EU-Staaten umgeben ist, wurde es deutlich schwieriger für Flüchtende, in Deutschland Asyl zu beantragen, da die deutsche Ausländerbehörde laut EU-Recht die Möglichkeit hat, sie ohne Prüfung des Asylgesuchs in jenes EU-Land der Einreise abzuschieben. Es kann daher als eine Drittstaatenregelung auf EU-Ebene interpretiert werden.

Die wieder erstarkenden rassistischen Mobilisierungen in Deutschland und Europa dienen wie in den 1990er Jahren als vermeintlicher Beleg dafür, dass Migrationspolitik immer eine strenge Grenzkontrolle beinhalten müsse, da die «einfachen BürgerInnen» sonst mit der angeblich zu großen Zahl der als kulturell «fremd» markierten Geflüchteten überfordert seien. Im Topos «Flüchtlingskrise», der seit Mitte 2015 in aller Munde ist, wird diese Argumentation fortgeführt. Er dient als Interpretation des Umstands, dass Migrationspolitik die Mobilität von Menschen nicht ohne Weiteres «steuern» kann, wie es das Paradigma des «Migrationsmanagements» vorgibt. Gemischt mit Elementen eines kulturellen «othering» und der damit einhergehenden Warnung vor einer angeblich nicht machbaren «Integration» dieser «Fremden» wird das Ereignis der gestiegenen Zahlen von Migrierenden auf dem Weg ins Zentrum der EU als Bedrohung für das gesellschaftliche Gefüge dargestellt und dadurch mit einem Affekt der Panik verbunden. Dieser in den Sozialwissenschaften als Versicherheitlichung («securitization») bezeichnete Vorgang (Buzan u. a. 1998) lässt sich tagtäglich in der öffentlichen Debatte beobachten. Der Staat habe die Lage nicht mehr unter Kontrolle, sie drohe, zu eskalieren und damit die gesellschaftliche Ordnung zu gefährden, so lautet häufig der Tenor.¹⁵ Bilder von MigrantInnen, die an einzelnen Stellen Grenzzäune überrennen, wie es im Sommer 2015 auf der Balkanroute passierte, stützen den Eindruck einer angeblichen «Überflutung».¹⁶ Ungeachtet der Frage, wie eine EU-Bevölkerung von mehr als 500 Millionen Menschen von der vergleichsweise geringen Zahl neu ankommender Menschen überfor-

dert werden soll, wird das alte Bild einer überlasteten Gesellschaft bemüht, um Migrationskontrollen zu verstärken (vgl. Marschall/Quadbeck 2015; BMI 2015). Dieser kontrollpolitische Diskurs basiert zum einen auf einer De-Individualisierung und Anonymisierung von Migrationsprozessen: Individuelle Biografien werden ausgeblendet, Migrierende als kollektive, bedrohliche Masse konstruiert und mit Naturkatastrophen wie «Fluten» oder «Lawinen» verglichen – Bilder, die Ängste schüren und mit denen sich restriktive Maßnahmen legitimieren lassen (vgl. für die EU-Migrationspolitik Ratfisch 2015: 16). Zum anderen folgt er einer neorassistischen Logik, die statt einer biologischen eine festgeschriebene kulturelle Differenz zwischen zuvor konstruierten Menschengruppen behauptet (vgl. Balibar/Wallerstein 1992). Dieser Logik folgend, werden rassistische Handlungen als «natürliche» Reaktion auf eine kulturelle Überforderung angesichts zu vieler «Fremder» in der eigenen Umgebung bewertet. Ein solcher Neorassismus liefert damit zugleich einen vermeintlichen Lösungsansatz zur Bekämpfung des Rassismus in den nationalen Bevölkerungen: eine strengere Migrationspolitik – oder «Ausländer raus».

¹⁵ Der *Spiegel* titelte in seiner Ausgabe vom 31. Oktober 2015 beispielsweise «Kontrollverlust – Deutschland im Ausnahmezustand». Dabei präsentierte er eine kleine Angela Merkel, die nicht nur von den als riesig dargestellten Sigmar Gabriel, Wolfgang Schäuble und Horst Seehofer bedrängt wird – am Horizont zieht auch eine bedrohliche dunkle Menge von Geflüchteten vorbei. Das Cover weckt Erinnerungen an einen *Spiegel*-Titel vom 9. September 1991, mit dem das Magazin vor einem «Ansturm der Armen» warnte. ¹⁶ Nadia Pantel (2015a) schreibt, dass derzeit «Massen und Müll» die zwei Lieblingsmotive von Fotografinnen und Medien seien. Die Autorin nimmt Bezug auf einen Migrierenden, der die Migrationsbewegungen der eigenen Gruppe mit einer Kuhherde vergleicht. Da die Flüchtenden immer wieder aufgehalten würden, so Pantel, «passiert entweder gar nichts, oder es passiert alles sehr schnell und dann für alle gleichzeitig. Wie beim Viehtrieb.» Das Bild eines plattgetrampelten Maisfeldes könne da schnell zum Argument für die AfD avancieren. Dabei seien MigrantInnen beispielsweise von den slowenischen Sicherheitskräften bewusst zusammengepfercht worden, um die entsprechenden Bilder zu produzieren.

Die «Flüchtlingskrise» lässt sich jedoch auch aus einer anderen Perspektive interpretieren: Bernd Kasperek und Marc Speer (2015) haben das Wort vom langen Sommer der Migration geprägt. Anstatt in der gestiegenen Zahl von MigrantInnen, die es in die EU und in den Schengen-Raum geschafft haben, eine Bedrohung zu sehen, verstehen sie die täglichen Grenzüberquerungen als Aneignung von Mobilität durch Menschen, die sich in der EU ein besseres Leben erhoffen. Dabei spielt es keine Rolle, aus welchen Gründen sie kommen, sei es die Flucht vor dem Krieg in Syrien, seien es mangelnde Zukunftsperspektiven und soziale Marginalisierung in den Balkanstaaten, der Türkei und anderswo. Der französische Ökonom Yann Moulier-Boutang sprach schon in den 1990er Jahren von einer (relativen) «Autonomie der Migrationsflüsse» gegenüber allen politischen Kontrollversuchen (Moulier-Boutang 1993). Dieser in Deutschland vor allem von der *Transit Migration Forschungsgruppe* (2007) aufgegriffene Ansatz der Autonomie der Migration kehrt das lange angenommene Primat staatlicher Politik gegenüber Migrationsbewegungen um: Migration entziehe sich immer wieder den Praktiken der Kontrolle und zwingt die AkteurInnen der Migrationskontrolle dazu, ihr Handeln den Taktiken migrantischer Netzwerke anzupassen, die zusammen eine – nicht zentral gesteuerte – soziale Bewegung bilden (vgl. Bojadžijev/Karakayali 2007: 204; Karakayali/Tsianos 2007: 9–12). So lässt sich der lange Sommer der Migration als eine Kette von Ereignissen interpretieren, die das Migrationsregime der EU in eine Krise stürzten und das Dublin-Regime

wiederholt außer Kraft setzten. Es ist also weniger eine «Flüchtlingskrise» als eine Krise der nationalstaatlichen und supranationalen Regulierung und Kontrolle von Migration in Europa.

Seit dem Frühjahr 2015 kamen immer mehr MigrantInnen in Griechenland an und machten sich auf den Weg nach Norden – bis zu 3.000 Personen erreichten Ungarn täglich. Der Bau des ungarischen Grenzzauns und vorübergehende Versuche, die Grenzen zu schließen, wie in Mazedonien, führten dazu, dass sich Geflüchtete beeilten, auf der Balkanroute voranzukommen (vgl. Kasperek/Speer 2015).¹⁷ In Budapest hatte sich derweil ein Netzwerk aus «SchlepperInnen» gebildet, die MigrantInnen für relativ wenig Geld die Weiterreise unter anderem nach Deutschland ermöglichten. Am 25. August gelangte aus dem dortigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein interner Entwurf an die Presse, der als Entscheidung der Behörde verstanden wurde, die Dublin-Abschiebungen von SyrerInnen nach Ungarn auszusetzen und die Geflüchteten aufzunehmen (vgl. Pichl/Steinmaier 2015). Der grauenhafte Fund von 71 Leichen Geflüchteter in einem LKW südlich von Wien zwei Tage später führte jedoch zu einer ausgedehnten Fahndung nach SchlepperInnen, wodurch die Infrastruktur des Transits vorübergehend unterbrochen wurde, da sich die OrganisatorInnen der Fahrten nach Deutschland zurückzogen. Zugleich hinderte die ungarische Regierung die Menschen an den Budapester Bahnhöfen daran, in die Züge zu steigen (vgl. Orth 2015a).

¹⁷ Die folgenden Schilderungen orientieren sich in weiten Teilen an Berichten von *bordermonitoring.eu*.

Dies änderte sich plötzlich wenige Tage später, am 31. August: Ein Gerücht verbreitete sich, dass für ein Zeitfenster von 48 Stunden die Grenzen geöffnet seien, während sich die ungarische Polizei zeitgleich vom Bahnhof zurückzog (vgl. Orth 2015b). Die Menschen drängten sich in die Züge, sodass mehrere Tausend Ungarn verließen und – unbehelligt von der österreichischen Polizei, die sie passieren ließ – in Deutschland ankamen (vgl. Kasperek/Speer 2015). Vermutlich auf Druck der deutschen und österreichischen Regierung sperrte die ungarische Regierung am folgenden Tag den Bahnhof in Budapest. Aufgrund der plötzlichen Unterbrechung ihrer Route wuchs die Zahl der schätzungsweise über 3.000 Geflüchteten, die in Ungarn noch festsaßen, weiter an.

Um zu verstehen, welche Rolle Migrierende selbst bei der Aussetzung des Dublin-Regimes und der Krise des EU-Migrationsregimes spielten, sind die Ereignisse am 4. September entscheidend: An diesem Tag machten sich mehrere Tausend Geflüchtete von Budapest aus zu Fuß in Richtung der ungarisch-österreichischen Grenze auf – auf Twitter unter dem Hashtag *#marchofhope* dokumentiert (vgl. Portmann u. a. 2015). «Die Bilder des Marsches werden sicherlich in die Ikonographie dieses langen Sommers der Migrationen eingehen, eine lange Reihe von Menschen, die sich nach einer Woche des Ausharrens die eigene Mobilität wieder aneignen und kollektiv Budapest verließen. Unter dem Eindruck dieser Bilder und dem Wissen um das Scheitern einer repressiven Strategie erklärten Deutschland und Österreich, dass sie ihre Grenze öffnen und die Flüchtlinge aufnehmen würden, woraufhin die ungarische Regierung den Bustransport zum

Grenzübergang organisierte» (Kasperek/Speer 2015). In der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015 waren die Grenzen offiziell geöffnet, Tausende reisten nach Deutschland. Infolge der historischen Ereignisse im August und September 2015 und der in ihnen entstandenen Bewegung der Migration brach das Dublin-Regime in sich zusammen.

Die Ereignisse des langen Sommers der Migration könnten den Eindruck erwecken, hier sei plötzlich eine – als Narrativ mittlerweile zum Mainstream zählende – «Festung Europa» gestürmt worden. Laut Kasperek und Speer deuten sie jedoch eher darauf hin, «wie durchlässig das Grenzregime schon vorher war, [dass] es aber erst die Störungen der Mobilität waren, die die Aufmerksamkeit darauf lenkten» (ebd.). Denn die Route in den Schengen-Raum über die Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und von dort auf unterschiedlichen Wegen nach Deutschland nutzten Migrierende bereits seit Monaten vermehrt. «Es war wie ein unausgesprochener Pakt der Transitländer: Weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen» (ebd.). Unterbrochen wurde dieses stillschweigende Übereinkommen dann Anfang September: Denn «erst die effektive Blockade des ungarisch-österreichischen Abschnitts ließ die Situation in Ungarn in einer Art und Weise eskalieren, dass nun die zeitweilige, wenn auch vollständige Suspendierung des Grenzregimes im Inneren notwendig wurde» (ebd.).

Dabei ist es wichtig, nicht nur die Errungenschaften dieser praktischen Aneignung des Rechts auf Bewegungsfreiheit hervorzuheben. Die wochenlangen Wanderungen, mit denen immer wieder Versuche der Blockade und Sabotage durch staatliche Stellen einhergingen, waren

entbehrungsreich, wurden von gewalttätigen, rassistischen Übergriffen insbesondere in Ungarn begleitet und endeten in einigen Fällen tödlich (vgl. Orth 2015b; Portmann u. a. 2015; Frenyo 2015; Pantel 2015b).

Mit der Krise des EU-Migrationsregimes ging eine humanitäre Krise im Inneren Europas einher – unter den Augen der europäischen Öffentlichkeit und der Regierungen der EU-Staaten, die äußerst zögerlich reagierten. Wie aus einem auf der Homepage von *bordermonitoring.eu* veröffentlichten Bericht verschiedener Gruppen hervorgeht, die Mitte September von Halle und Leipzig aus in Richtung

Ungarn und Kroatien fuhren, um die Migrierenden zu unterstützen, gab es kaum eine organisierte Versorgung der Menschen (vgl. *bordermonitoring.eu* 2015). Die Regierungen der EU-Staaten, aber auch Hilfsorganisationen hätten sich mit einer Unterstützung der Migrierenden vor Ort zurückgehalten oder sich auf eine völlig unzureichende Notversorgung beschränkt. Die AutorInnen des Berichts beklagten einen «Skandal des beinahe Totalversagens von NGOs und Hilfsorganisationen wie dem UNHCR» und schilderten drastische Zustände entlang der Migrationsroute, die sie mit einem Krisengebiet verglichen (ebd.).¹⁸

...UND DER KÜHLE HERBST DER REAKTION

Von einer «Flüchtlingskrise» ist offiziell auch deshalb die Rede, weil die jahrelange Strategie von nördlichen EU-Staaten wie Deutschland, die Migrationskontrolle über die Dublin-Regulierung an süd(ost)europäische Mitgliedsländer auszulagern, gescheitert ist. Bereits seit Jahren gelingt es nicht, eine gemeinsame EU-Asylpolitik umzusetzen, wie etwa im Juni 2014 deutlich wurde, als der Gipfel zur Migrationspolitik kein wesentlich neues Programm auf den Weg brachte (vgl. Ratfisch 2015). Während eine gemeinsame europäische Asylpolitik weiterhin ausbleibt und die nationalen Politiken der Mitgliedstaaten untereinander in Konflikt geraten, sind es weiterhin vor allem repressive Maßnahmen, die als vermeintliche Krisenlösung herangezogen werden. Dies zeigt sich etwa in den weiter unten diskutierten und als «Hotspots» bezeichneten Massenlagern, in denen 100.000 Flüchtende an den Au-

ßengrenzen inhaftiert werden sollen. Sie können als Teil einer autoritären Europäisierung «von oben» durch die «Asyl-Triade» (Ibrahim/Kasperek 2015), bestehend aus der Grenzschutzagentur Frontex, dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen EASO und Europol, interpretiert werden.

Darüber hinaus ist die «Externalisierung» der EU-Migrationskontrolle in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten und nimmt erst langsam wieder Fahrt auf. Dazu beigetragen hat die ablehnende Haltung christlich-konservativer Kreise gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei, die sich daraufhin nicht länger

¹⁸ Die AutorInnen schreiben unter anderem über die Zustände in Horgoš (Serbien) am 15. September: «Viele der Menschen sind seit Wochen auf der Flucht und völlig erschöpft, unter ihnen auch viele Alte, Kranke und Kleinkinder. Die hygienischen Zustände sind unzumutbar und die meisten Menschen, die wir sehen, haben weder Wasser noch Nahrung, was bei 35°C lebensgefährlich ist. Weder der UNHCR noch andere größere Hilfsorganisationen sind vor Ort, lediglich die «Ärzte ohne Grenzen» und eine kleine dänische Organisation haben ein Medizelt aufgestellt.»

als «Migrationspuffer» für die EU instrumentalisieren lassen wollte und aus handelspolitischen Interessen im Osten des Landes ein relativ liberales Visaregime aufrechterhielt (vgl. Kirişçi 2012; Aksel/ Daniş 2015).

Der lange Sommer der Migration hat nun die Kräfteverhältnisse zwischen der EU und der Türkei drastisch verschoben. Die islamisch-konservative AKP-Regierung hat bereits in den vergangenen Jahren das Thema Migration als «bargaining tool» (Verhandlungsmittel) (Içduygu/Karaçay 2012: 36) in den Beitrittsgesprächen eingesetzt. Im Zuge der ausgerufenen «Flüchtlingskrise» spielt sie als Haupttransitland nun erneut den Trumpf aus: So reiste Angela Merkel – als eine der entscheidenden AkteurInnen der EU-Migrationspolitik – im Oktober 2015 mitten im türkischen Wahlkampf in die Türkei, um über eine stärkere Migrationskontrolle an den EU-Außengrenzen zu verhandeln. Am 29. November beschlossen VertreterInnen von EU und Türkei einen entsprechenden Aktionsplan. Er sieht drei Milliarden Euro für die Verbesserung der «sozio-ökonomischen Lage» der in der Türkei lebenden Geflüchteten vor – um sie im Land zu halten –, Visumserleichterungen für türkische StaatsbürgerInnen und eine Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen (Brössler 2015). Die EU erklärt sich bereit, ein noch nicht feststehendes Kontingent an Geflüchteten aus der Türkei aufzunehmen. Im Gegenzug soll die türkische Regierung den verbleibenden 2,2 Millionen im Land einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen – ebenfalls mit dem offensichtlichen Ziel, ihre Weiterreise in die EU zu verhindern –, Migration an ihren Grenzen EU stoppen und gegen «SchlepperInnen» vorgehen. Über ein

Rückübernahmeabkommen, mit dem die Türkei sich verpflichtet, abgeschobene MigrantInnen, die über ihr Territorium in die EU eingereist sind, «zurückzunehmen», wurde nach Abschluss des Treffens noch verhandelt (vgl. Bundesregierung 2015).

Die Verhandlungen mit der türkischen Regierung sind ein Beispiel für die in großen Teilen restriktiven Reaktionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Bewegungen der Migration. Sie verdeutlichen, dass die Kontrolle von Mobilität ein umkämpftes Feld ist, auf dem Kräfteverhältnisse stets neu verhandelt werden und auf dem MigrantInnen selbst als AkteurInnen auftreten. So führten die zunehmende Migration und die über Jahre aufgestaute Frustration der südöstlichen EU-Staaten über ihre Rolle als *gate keeper* schließlich zum Fall des Dublin-Regimes. Die EU-AkteurInnen rangen in der Folge um die «richtigen» Strategien, um die Mobilität unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Eine dieser Strategien beinhaltet den Rückgriff auf das Mittel des Grenzzauns, was eine deutliche Renationalisierung und Reterritorialisierung europäischer Migrationspolitik bedeutet, wie sie 2015 vor allem in Ungarn, in den Jahren davor aber auch schon in Griechenland und Bulgarien zu beobachten war. Die damals amtierende konservative griechische Regierung ließ an der Landgrenze zur Türkei einen solchen Zaun errichten, die bulgarische Regierung folgte 2014 diesem Beispiel. Im September und Oktober 2015 errichtete Ungarns national-konservative Regierung schließlich Hunderte von Kilometern lange Zäune an den Grenzen zu Serbien und Kroatien – das alles ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer und rund ein Jahr-

zehnt nach der EU-Erweiterung und der Öffnung des Schengen-Raumes für osteuropäische Staaten.¹⁹

An den Grenzen Sloweniens, Kroatiens, Serbiens und Mazedoniens begannen die Regierungen damit, Migrierende nach Nationalitäten zu selektieren: Flüchtende aus Syrien, Irak und Afghanistan wurden als Flüchtlinge durchgelassen, alle anderen als «WirtschaftsmigrantInnen» abgewiesen (Pantel 2015c). Laut Pantel berichteten UnterstützerInnen vor Ort von Praktiken des *racial profiling*, bei dem Migrierende ohne Reisepass aufgrund ihrer Hautfarbe selektiert wurden. In der griechischen Stadt Idomeni nahe der Grenze zu Mazedonien protestierten Flüchtende gegen die restriktiven Maßnahmen der GrenzbeamtenInnen, die sie mit Tränengas und Pfefferspray an der Weiterreise über den Balkan hinderten. Im Grenzgebiet zwischen Griechenland und Mazedonien bei Gevgelija nähten sich als Zeichen des Protests mehrere Männer ihre Lippen zusammen und traten in einen Hungerstreik.

Paradoxerweise ist es ausgerechnet die deutsche Bundesregierung – und vor allem Angela Merkel –, die sich inmitten eines migrationspolitischen Rollbacks als Vorreiterin einer humanen Flüchtlingspolitik inszenieren konnte. Obwohl sich in den letzten Jahrzehnten deutsche Regierungen stets hervortaten, wenn es darum ging, die EU zu einer restriktiven Migrationspolitik anzuhalten, haftet Deutschland nun weltweit der Ruf an, ein besonders flüchtlingsfreundliches Land zu sein. Dabei setzte Merkels Regierung im Juli und Oktober 2015 die umfassendste Asylrechtsverschärfung seit dem Asylkompromiss der 1990er Jahre durch (vgl. Pro Asyl 2015b, 2015c). Als Vorsitzende der CDU sprach sich Merkel mit dem

CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer Anfang November in einem gemeinsamen Positionspaper für die euphemistisch als «Transitzonen» bezeichneten Haftanstalten an den deutschen Grenzen aus (vgl. Kuhr 2015). Bereits im September hatte ihr Innenminister Thomas de Maizière sogenannte Hotspots an den EU-Außengrenzen gefordert, wo Ankommen registriert und darüber entschieden werden soll, wer nach einem bestimmten Schlüssel zwecks Asylverfahren in ein EU-Land «verteilt» und wer an Ort und Stelle abgeschoben wird (Haselberger u. a. 2015). Auf europäischer Ebene wurde diese Forderung am 24. September während eines Sondergipfels übernommen: In Italien und Griechenland wurde danach mit dem Aufbau der offiziell als «Registrierungszentren» bezeichneten «Hotspots» begonnen (Zeit Online 2015b). Im November beschlossen die EU-InnenministerInnen, die Möglichkeit zu sondieren, weitere «Hotspots» entlang der Balkanroute zu schaffen (vgl. Frankfurter Rundschau 2015).

Darüber hinaus führte die deutsche Regierung nicht nur Verhandlungen mit der Türkei über ein restriktiveres Vorgehen gegenüber MigrantInnen, sondern beschloss mit einer Reihe anderer EU-Staaten im Oktober einen 17 Punkte umfassenden Aktionsplan, der unter anderem einen verstärkten Einsatz der europäischen Grenzschutzagentur Frontex vorsah (vgl. European Commission 2015). Und im Dezember plante Merkels Regierung schließlich mit dem «Asylpaket II», in rasantem Tempo bereits die nächste

¹⁹ Dabei ist zu betonen, dass die «Freizügigkeit» im Inneren der EU für große Teile der europäischen Bevölkerung de facto immer schon durch rassistische Kontrollen (Stichwort *racial profiling*), Debatten über «Armutszuwanderung» aus osteuropäischen Staaten und antiziganistische Maßnahmen eingeschränkt wurde.

Asylrechtsverschärfung durchzusetzen (vgl. Pro Asyl 2015d).

Zugleich war es jedoch auch Merkel, die die historische Öffnung der Grenze für die am Budapester Bahnhof wartenden MigrantInnen im September 2015 verfügte und diesen Schritt und seine Folgen mit dem erstaunlichen Satz verteidigte: «Wenn wir jetzt anfangen müssen, uns zu entschuldigen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land» (zit. nach: Fried 2015).

Dieser scheinbare Widerspruch zwischen restriktiver und offener Migrationspolitik kann einerseits als Ausdruck der Kämpfe innerhalb der CDU/CSU zwischen migrationspolitisch liberaleren Teilen und restriktiven HardlinerInnen der Partei interpretiert werden. Dies wurde deutlich, als am 10. November de Maizières Sprecher verkündete, dass sein Ministerium schon seit dem 21. Oktober wieder das zuvor ausgesetzte Dublin-Verfahren auf syrische StaatsbürgerInnen anwendete – anscheinend ohne Wissen der Kanzlerin (vgl. Bax 2015). Andererseits lässt sich der vermeintliche Widerspruch mit Blick auf den gängigen Flüchtlingsschutzdiskurs auflösen, der Migrierende in politische «Flüchtlinge» und aus ökonomischen Gründen einreisende «(illegale) MigrantInnen» unterscheidet – und damit Migration in eine «gute» und eine «schlechte» (vgl. Hess/Karakayali 2007; Ratfisch 2015). Während Migration aus Gründen politischer Verfolgung und Krieg im migrationspolitischen Diskurs als legitim gilt, werden MigrantInnen, die sich aus ökonomischer Not oder dem Wunsch heraus, sich in Deutschland ein besseres Leben zu ermöglichen, als «Wirtschaftsflüchtlinge» stigmatisiert²⁰ – dem diskursiven

Nachfolger der Figur der «Schein-» oder «Wirtschaftsasylanten», die in der öffentlichen Debatte in den 1990er Jahren die Auseinandersetzung um den Asylkompromiss widerspiegelte und sie zugleich anheizte (vgl. Karakayali/Tsianos 2005). In der Öffentlichkeit betonen PolitikerInnen immer wieder, dass es gelte, die «echten Flüchtlinge» von denjenigen zu trennen, die sich nur als solche ausgeben. Letztere sollten schleunigst abgeschoben werden, um die Aufnahmekapazitäten und die Toleranz der deutschen Bevölkerung nicht zu überfordern (vgl. BMI 2015; Marschall/Quadbeck 2015). Auch das Positionspapier von CDU/CSU zu den «Transitzonen» vom 1. November sieht diese Unterscheidung vor (vgl. Kuhr/Wittl 2015).

Um Abschiebungen und den Ausschluss von sozialer Teilhabe zu rechtfertigen, wird zunehmend mit einer angeblich fehlenden «Bleibeperspektive» der MigrantInnen argumentiert – wer keine solche Perspektive habe, der müsse schnell abgeschoben werden. Dabei wird in einem Zirkelschluss – wer nicht bleiben kann, muss gehen – in der Debatte häufig ausgeblendet, dass dieser Umstand durch die erlassenen und in letzter Zeit mehrfach verschärfte Migrationsgesetze selbst erst herbeigeführt wurde, der aber nun als gegebener Zustand präsentiert wird.

²⁰ Dies geschieht, obwohl eine klare Unterscheidung in wirtschaftliche und aus kriegerischen Konflikten erwachsene Motivation zur Migration nicht möglich ist, worauf bereits seit Jahren MigrationsforscherInnen hinweisen (vgl. etwa Castles 2007). In den letzten Jahren ist zudem der Begriff «Armutsmigration» im Diskurs hervorgetreten, der sich in antiziganistischer Manier insbesondere gegen die Migration von Roma und Sinti nach Deutschland richtet (vgl. kritnet 2015).

«REFUGEES WELCOME» IM MAINSTREAM: FALLSTRICKE UND POTENZIALE DER FLÜCHTLINGSHILFE

Während die Bundesregierung Asylrechtsverschärfungen durchsetzte, militärisch gegen Fluchtmöglichkeiten über das Mittelmeer vorging und die rassistische Mobilisierung in Deutschland und Europa nicht aufhörte, kam es gleichzeitig zu einer nicht vorhergesehenen Hilfewelle für Geflüchtete. Menschen aus diversen sozialen Zusammenhängen, die zuvor kaum organisiert waren, begannen, Geflüchtete bei ihrer Ankunft oder Weiterreise zu unterstützen. Da Geflüchtete nun vermehrt unmittelbar in der eigenen Nachbarschaft ankamen und nicht mehr nur als Bilder aus den Medien wahrgenommen wurden, eröffnete sich eine Gelegenheit, «handfeste Solidarität zu zeigen», wobei viele auch ein Zeichen gegen die rassistischen Ausschreitungen in Deutschland setzen wollten (Kreck/Gerbing 2015). So konnte der Slogan «Refugees Welcome» zumindest vorübergehend zum Mainstream werden.

Als die Züge aus Ungarn – die zuerst mit dem Hashtag #marchofhope und später #trainofhope über soziale Netzwerke begleitet wurden – am Wiener und Münchener Bahnhof ankamen, standen die BewohnerInnen bereit: mit Wasserflaschen, Essen, Plüschtieren und Willkommensbotschaften. Sie kauften die umliegenden Supermärkte leer, bildeten Menschenketten mit Nahrungsmitteln und organisierten in den folgenden Stunden und Tagen die Versorgung. Wenn neue Züge mit Geflüchteten ankamen, standen sie Spalier, klatschten Beifall, hielten Plakate hoch und riefen ihnen Grüße zu; einige der Geflüchteten klatschten ebenfalls und riefen zurück.

Entlang der sich immer wieder verschiebenden Balkanroute selbst sind mit verschiedenen Konvois von AktivistInnen aus Österreich, Deutschland und anderen Ländern ebenfalls prekäre Hilfestrukturen entstanden: Wie weiter oben bereits gezeigt, wird die absolute Grundversorgung mit Wasser, Essen und Strom – entsprechend der begrenzten Ressourcen in viel zu kleinem Maßstab – von Freiwilligen übernommen, da die an sich zuständigen Institutionen wie das Rote Kreuz, Caritas oder UNHCR nur eine völlig unzureichende Hilfe leisten. Ein Bericht der *Volunteers* auf der Balkanroute vom September und Oktober 2015 verdeutlicht die katastrophale Situation vor Ort: «Ein erschreckendes Fazit unserer Erlebnisse lautet, dass auch innerhalb Europas der Tod von Menschen hingenommen werden würde, wenn nicht selbstorganisierte Gruppen wie die unsere dort interveniert und inoffizielle Versorgungsstrukturen aufgebaut hätten. Wäre dies nicht passiert, wäre weit aus Schlimmeres passiert. Und während von allen Seiten die «unverzichtbaren» HelferInnen gelobt werden, wurde und wird die Katastrophe hingenommen oder bewusst herbeigeführt» (bordermonitoring.eu 2015). Neben der humanitären Nothilfe dokumentieren viele *Volunteers* auch diese Untätigkeit sowie die Gewalt bei den Grenzkontrollen, machen sie so einer öffentlichen Kritik zugänglich und zeigen zugleich: «Solidarität muss – und kann – Grenzen überwinden» (ebd.).

Bereits in den Monaten zuvor waren lokale Vereine der «Flüchtlingshilfe» und «Willkommensinitiativen» an verschiede-

nen Orten gegründet worden. Als dann ab dem Spätsommer 2015 täglich Tausende Geflüchtete in Deutschland ankamen und die staatlichen Strukturen sich zunehmend überfordert zeigten und versagten, entstanden Hunderte neue Initiativen, die in weiten Teilen ebenfalls die elementare Versorgung mit Kleidung, Schlafplätzen und Essen übernahmen oder dafür sorgten, dass Geflüchtete trotz der staatlichen Ausgrenzung und Unterbringung in Massenunterkünften zumindest ein wenig am sozialen Leben vor Ort teilhaben können.²¹ Angesichts derartiger Missstände betont etwa die Redaktion des *Prager Frühlings* den im Herbst 2015 unausweichlichen Vorrang konkreter Unterstützung: «Prioritär muss es derzeit darum gehen, die schlimmsten Folgen des derzeitigen Staatsversagens einzudämmen: Es gilt, Zeltstädte im Winter und Kältetote auf der Balkanroute und vor den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verhindern. Es muss darum gehen, Menschen aus Turn- und Messehallen in menschenwürdige Unterkünfte zu bringen. Parallel müssen die strukturellen Ursachen geändert werden» (Prager Frühling 2015).

Diese ehrenamtliche Flüchtlingshilfe wurde in den deutschen, aber auch den internationalen Medien vielfach als neue deutsche «Willkommenskultur» gefeiert (vgl. Wiedemann 2015). Zu Recht wurde in linken Analysen kritisiert, dies werde dazu genutzt, das Image der deutschen Nation aufzupolieren, das durch die rassistischen Proteste international stark beschädigt worden war. Während weiterhin tagtäglich Geflüchtetenunterkünfte angegriffen und angezündet wurden, wurde es so möglich, Deutschland als großzügige und weltoffene Nation oder gar als neue europäische moralische In-

stanz darzustellen. Auch wird die «Refugee Welcome»-Euphorie ideologisch in das Migrationsregime eingebunden: So konnten sich deutsche SpitzenpolitikerInnen von CDU, SPD und Grünen mit dem Hashtag #refugeeswelcome für die «Wir helfen»-Kampagne der *Bild*-Zeitung ablichten lassen und gleichzeitig in Form der durch Bundestag und Bundesrat gebrachten Gesetze eine politische Kampagne gegen Geflüchtete vorantreiben. Während die Bundesregierung die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe als Leistung der deutschen Bevölkerung begrüßt, führt sie gleichzeitig einen Ausnahmezustand fort, der für Geflüchtete zu einer humanitären Krise in Europa geworden ist und über den dennoch eine weitergehende Entrechtung von Geflüchteten gerechtfertigt wird. Bundesinnenminister Thomas de Maizière verteidigte mit der Willkommenskultur sogar die Wiedereinführung von Grenzkontrollen: «Die große Hilfsbereitschaft, die Deutschland in den letzten Wochen gezeigt hat, darf nicht überstrapaziert werden» (BMI 2015).

Die ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wurde aber nicht nur für eine positive Selbstdarstellung Deutschlands und die widersprüchliche Rechtfertigung antimigrantischer Politiken genutzt – vielmehr übernahm sie auch staatliche Aufgaben. Dabei besteht die Gefahr, dass diese Leistungen nicht nur in Zeiten des «Notstandes» von ehrenamtlich Helfenden übernommen werden, sondern dass selbst die absolut lebensnotwendige Grundversorgung von einem rechtlichen Anspruch gegenüber dem Staat auf eine Abhängigkeit von Almosen reduziert wird (vgl. Bröse/

²¹ Auf diversen Übersichtskarten sind die über 500 Initiativen in ganz Deutschland verzeichnet: www.tagesschau.de/inland/linkliste-fluechtlinge-karten-101.html.

Friedrich 2015). Neben der neoliberalen Vereinnahmung von Hilfe, die von verschiedenen Initiativen wiederholt kritisiert wurde, entsteht ein nicht reguliertes Machtverhältnis zwischen HelferInnen und HilfsempfängerInnen: Geflüchtete müssen mit paternalistischen und rassistischen Verhältnissen und Praxen umgehen, und ihr Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen wird häufig indirekt von ihrer Dankbarkeit – «ein Lächeln reicht» – und direkt von der Laune der Helfenden abhängig. Bereits jetzt findet zudem eine Unterscheidung in legitime und vermeintlich nicht legitime Fluchtgründe, in «richtige» und «falsche» Geflüchtete statt. Hier zeigt sich, dass auch Initiativen der Flüchtlingshilfe, die sich selbst vielfach als «unpolitisch» beschreiben, Unterscheidungen und Ausschlüsse der herrschenden Politik reproduzieren (vgl. Kreck/Gerbing 2015; Lambert u. a. 2015).²²

Der Flüchtlingsaktivist Patrick, der unter anderem an der Besetzung des Oranienplatzes in Berlin beteiligt war, kritisiert, dass viele ehemalige UnterstützerInnen ihres politischen Protestes nun in die humanitäre Nothilfe bei Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünften abgewandert seien: «Flüchtlinge, die für eine Änderung der Gesetze kämpfen, sind nicht mehr begehrt. Unser Haltbarkeitsdatum ist abgelaufen» (zit. nach: Kreck/Gerbing 2015). Er befürchtet, dass aber auch diese Unterstützung für die neu Ankommenden vorübergehen wird, und betrachtet viele Initiativen der sogenannten Willkommenskultur als oberflächlich und heuchlerisch. Dies sei etwa bei Universitäten der Fall, die ihre Hörsäle neuerdings für Geflüchtete als «Gasthörer» öffnen, ihnen aber keine aktive Rolle oder Abschlüsse zugestehen würden.

Zudem kritisiert er, dass ein großer Teil der Flüchtlingshilfe sich auf *charity* reduziere: «Die Leute sollten damit aufhören, uns Dinge zu geben, die sie selbst nicht mögen.» Letztendlich würden die Deutschen von der gegenwärtigen Situation profitieren und nicht zuletzt die neuen Arbeitsplätze «willkommen» heißen: «Wir sind eine Jobgelegenheit für Deutsche. Wie viele neue Lager werden eröffnet? Und wer ist willkommen, da zu arbeiten? Deutsche.» Nun müssten sich FlüchtlingsaktivistInnen erneut selbst ermächtigen und sich die Solidarität zurückholen, die «missbraucht und in humanitäre Hilfe verwandelt» wurde (ebd.).

Neben diesen Fallstricken kann ehrenamtliche Flüchtlingshilfe rassistischen Mobilisierungen in der Nachbarschaft vorbeugen, der antimigrantischen Politik zumindest faktisch zuwiderlaufen und stattdessen Empathie und Solidarität mit Geflüchteten organisieren.

Ein Beispiel für ein Projekt, in dem neben der alltäglichen Unterstützung – mit all seiner Ambivalenz – zugleich versucht wird, eine Kritik antimigrantischer Politik zu artikulieren, ist die Hamburger Initiative *Refugees Welcome – Karo Viertel*. Diese gründete sich Anfang August 2015, als in den Messehallen über 1.000 Geflüchtete untergebracht wurden. Von verschiedenen Arbeitsgruppen wurden Übersetzungen und Deutschkurse angeboten, Kinderprogramme und ein Chor angeleitet, medizinische Versorgung, psychologische und psychotherapeuti-

²² Formen der Unterstützung, in denen diese entpolitisiert und individualisiert sowie die Positionierung von Helfenden und Hilfebedürftigen reproduziert wird, erinnern vielfach an humanitaristische Formen der Entwicklungshilfe: «Die Helfenden greifen jedoch bei ihrer Hilfe auf veraltete und zum Teil kolonialistische Bilder zurück. So wird hier deutlich, was seit Jahrzehnten in der Entwicklungshilfe sichtbar ist. Die Unmündigkeit der Hilfesuchenden aufrechtzuerhalten und die Abhängigkeit von den Helfenden zu sichern spielt auch hier eine nicht unbedeutende Rolle» (Human 2015).

sche Betreuung sowie Rechtsberatung organisiert, es wurde auf spezifische Situationen von Frauen und LGBTIQ*²³ eingegangen, Raum für Sport und Spiele geschaffen, es wurden freies WLAN und Handyaufladestationen eingerichtet sowie Sach- und Geldspenden von über 100.000 Euro gesammelt. Eine englisch- und arabischsprachige Karte verzeichnete die verschiedenen Angebote und Orte im Viertel, bei diversen Willkommensfesten kamen die AnwohnerInnen mit den neuen NachbarInnen bei Musik und Essen zusammen.

Die Unterstützungsarbeit verändert auch die UnterstützerInnen und den Stadtteil. Es entstehen solidarische Beziehungen und Netzwerke, die nicht bloß als einseitige Hilfe für Geflüchtete zu begreifen sind, sondern die durch alltägliche Interaktion neue postmigrantische Gemeinschaften bilden können. Robert Misik (2015), der in und um Wien in der Flüchtlingsarbeit aktiv ist, sieht in diesen Zusammenhängen Formen einer solidarischen Gesellschaft entstehen und die Tendenz eines «Post-Individualismus, der die Vielfalt nicht aufhebt, aber die Vereinzelung». So betont auch Tanja van de Loo, die bei *Refugees Welcome – Karoiviertel* aktiv ist, die Möglichkeiten, die Selbstermächtigung im Stadtteil und die Praxis des Selbermachens als generelle Methode zu forcieren (Lambert u. a. 2015).

Die Initiative aus dem Karoiviertel, in der auch viele AktivistInnen aus antirassistischen Zusammenhängen aktiv sind, bleibt zudem nicht bei humanitärer Hilfe stehen, sondern versucht, in Stadtteilversammlungen gemeinsame Forderungen zu entwickeln. In ihrer Resolution vom 15. August 2015 tritt sie für die Gleichberechtigung aller BewohnerInnen der

Stadt ein und weist die Entrechtung aufgrund fehlender Staatsbürgerschaft zurück: «Welchen Aufenthaltsstatus die europäische Flüchtlingspolitik den Menschen zuweist, interessiert uns nicht. Wer hier angekommen ist, gehört dazu und bleibt.»²⁴ Auf einer stadtweiten Versammlung wurde Ende September versucht, die Vernetzung über das Karoiviertel hinaus weiterzuführen und die Initiative weiter zu politisieren. Ausgehend von einem allgemeinen «Recht auf Zugang zur Stadt» wurde etwa kritisiert, dass Notunterkünfte jenseits jeglicher Unterbringungsstandards und zunehmend isoliert am Stadtrand eingerichtet werden. Diese politischen Stimmen werden allerdings von vielen, die in Hamburg ehrenamtliche Flüchtlingshilfe leisten, nicht geteilt, da sie ihre Arbeit als unpolitisch betrachten. Abimbola Odugbesan von der Gruppe *Lampedusa in Hamburg* fordert trotzdem mehr: «Wir wissen die humanitäre Unterstützung wirklich zu schätzen, wir begrüßen, wie ihr uns moralische und finanzielle Unterstützung gebt, aber wir brauchen auch eure politische Unterstützung.»²⁵

Einige AktivistInnen von *Refugees Welcome – Karoiviertel* zielen selbst darauf ab, von humanitärer Nothilfe zu einer stärkeren politischen Organisation und zu längerfristigen Strukturen zu kommen, die vor allem, aber nicht nur Geflüchteten Räume eröffnen, um sich zu

²³ Die Abkürzung LGBTIQ* (lesbian, gay, bi, trans*, inter*, queer) ist ein Sammelbegriff für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queer-Personen sowie weitere Selbstbezeichnungen. ²⁴ Resolution «Die Stadtteilversammlung St. Pauli Nord und rundum sagt: Refugees welcome!» von der ersten Stadtteilversammlung am 15.8.2015 im Knust in Hamburg, vgl. http://stimmen-von-st-pauli.net/wp-content/uploads/2015/08/Resolution_Stadtteilversammlung_StPauli-rundum_15-08-2015.pdf. ²⁵ Transkription und Übersetzung aus dem Mitschnitt der Live-Übertragung vom Freien Sender Kombinat (FSK) von der stadtweiten Versammlung *Refugees Welcome – Wie weiter?!* im Ballsaal des Millerntor-Stadions vom 27.9.2015, vgl. www.freie-radios.net/72801.

vernetzen und aktiv zu werden. Aufgrund der Spontaneität und Heterogenität der Initiativen bleibt deren Politisierung ein umstrittener Prozess mit offenem Ausgang. So berichtet Tina von *Refugees Welcome – Karo Viertel*: «Es gibt viele Leute, die ein Problem damit haben, ihre Unterstützung als politische Handlung zu begreifen. Sie sagen: Ich will nur helfen, ich will nichts «Politisches» machen. Gleichzeitig tun sie Dinge, die hart an der Grenze zur Legalität sind. Ich denke aber durchaus, dass sich deren Ansichten ändern, wenn sie merken, wie Flüchtlinge hier behandelt werden. Ich hoffe darauf, dass solidarische Praxis politisches Bewusstsein schärft» (zit. nach: Kreck/Gerbing 2015).

Eine weitere Organisierung solidarischer Praxen für Geflüchtete zeigt sich am Hamburger Hauptbahnhof, wo Anfang September eine umfangreiche Unterstützungsstruktur entstand. Rund um die Uhr wurde hier der Zwischenstopp und die Weiterreise von rund 2.500 Geflüchteten pro Tag organisiert, die fast alle nach Skandinavien wollten (vgl. NDR.de 2015). Hierzu stand ein Organisationsteam im Kontakt mit Hilfestrukturen an anderen Orten. Sie bekamen laufend neue Informationen, etwa darüber, wie viele Menschen gerade aus München kamen und wie viele am selben Tag noch nach Lübeck oder Rostock weiterreisen könnten, um dort eine Fähre nach Schweden oder einen Schlafplatz zu bekommen. An den Gleisen standen Helfende, um Geflüchtete in Empfang zu nehmen. Einige zeigten mit selbstgemalten, mehrsprachigen Schildern an, wohin der nächste Zug fuhr. Außer dem Infopunkt der Organisationsgruppe in der Bahnhofshalle gab es vor dem Bahnhof Zelte für medizinische Versorgung, für

Essen, Kleidung und andere Dinge des dringendsten Bedarfs. Das angrenzende Schauspielhaus, die Al-Nour-Moschee, das «Kollektive Zentrum», Pfadfinderheime und Einzelpersonen unterstützten die Flüchtlingshilfe am Hauptbahnhof, indem sie Schlafplätze und Rückzugsorte zur Verfügung stellten. Wie auch in anderen Initiativen hatten viele der Helfenden selbst eine Flucht- oder Migrationsgeschichte, einige waren erst seit ein paar Monaten in Hamburg. Ohne sie hätte insbesondere die Sprachvermittlung und Übersetzungsarbeit nicht gewährleistet werden können, die zentral für die Initiativen praktischer Solidarität sind (vgl. Mokre 2015).

Wie prekär die Strukturen der Flüchtlingshilfe sind, wird bei den Ehrenamtlichen deutlich, die vielfach über die Grenzen ihrer Erschöpfung hinaus arbeiten. Mit einem Youtube-Video, das vielfach in sozialen Medien geteilt wird, gelang es einer völlig überarbeiteten Organisatorin vom Hauptbahnhof trotz Ermüdung, wieder neue Helfende zu mobilisieren. Nachdem sich die Stadt Hamburg wochenlang nicht an der Unterstützung der Geflüchteten am Hauptbahnhof beteiligt hatte, konnten die Unterstützungsstrukturen im Dezember begrenzte Finanzmittel und ein großes, beheiztes Gebäude erstreiten (vgl. Haarmeyer 2015). Die prekäre Hilfe von Ehrenamtlichen – die dort nach wie vor die Arbeit übernehmen – wird dadurch jedoch weiter institutionalisiert. Inwieweit in diesem Zusammenhang eigene politische Positionen artikuliert werden, ist auch in den Unterstützungsstrukturen am Hauptbahnhof umstritten.

Angesichts der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und der verschärften Kontrolle von sowie der Hetze gegen

MigrantInnen bleibt es eine entscheidende Frage, wie die Initiativen der Flüchtlingshilfe und Solidarität in ein gegenhegemoniales Projekt eingebunden werden können, das sich der Hegemonie antimigrantisch geprägter Politik entgegenstellt. Dabei sind diese Initiativen immer schon politisch, insofern sie Geflüchteten Ressourcen zur Verfügung stellen und die Untergrabung der Nationform durch Bewegungen der Migration befördern (vgl. Misik 2015). Diese konkrete Unterstützung von Mobilität und Migrationsprojekten, die sich auch in der gegenwärtigen Popularisierung der Fluchthilfe²⁶ zeigt, erinnert an die Kampagne *Kein Mensch ist Illegal*. In ihrem Manifest von 1997 heißt es: «Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule

und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten».²⁷ Von *Watch the Med – Alarm Phone* an den Außengrenzen im Mittelmeer über die transnationalen Konvois der Flüchtlingshilfe und die Versorgung entlang der Balkanroute bis hin zu den Initiativen der Flüchtlingshilfe an nordeuropäischen Bahnhöfen und Fährterminals hat sich in Ansätzen eine neue – jedoch nach wie vor prekäre – Willkommensstruktur herausgebildet. Eine offene Frage ist, ob und inwiefern die seit Jahren etablierten Strukturen solidarischer Unterstützungsarbeit und politischer Organisation in einem antirassistischen und (pro-)migrantischen Projekt mit den neu entstandenen Willkommensinitiativen verknüpft werden können, ohne dass diese ihre Offenheit gegenüber Menschen aus diversen sozialen Zusammenhängen jenseits der organisierten Linken verlieren. Das Potenzial dafür ist vorhanden.

DAS MIGRATIONSREGIME GRUNDSÄTZLICH INFRAGE STELLEN: PERSPEKTIVEN EINES GEGENHEGEMONIALEN PROJEKTS

Trotz aller Proteste «besorgter BürgerInnen» zeigen sich in der Bevölkerung diverse Akte der Solidarität. Vielerorts stellen sich Menschen wie in Heidenau den rassistischen Mobilisierungen entgegen, starten wie im Hamburger Karo Viertel Willkommensinitiativen, protestieren gegen die Abschiebung von MitschülerInnen und organisieren einen «Refugee-Schulstreik» oder bauen wie am Oranienplatz in Berlin ein solidarisches Netzwerk auf und tragen zu den Flüchtlingsprotesten bei. Von Sprachkursen, Kleidungsspenden und Begleitungen zu

Behörden bis hin zur Aufnahme von Geflüchteten in die eigene Wohnung oder zur Blockade von Abschiebungen reicht die Unterstützung. Zugleich steht das Zusammenleben von BewohnerInnen eines Ortes oder Stadtteils häufig im Widerspruch zur Entrechtung von Menschen

²⁶ Mit der Kampagne *Fluchthelfer.in* (www.fluchthelfer.in), medial geschickt inszenierten Veranstaltungen wie der «Internationalen Schlepper- und Schleusertagung» in München (<http://iss2015.eu>) sowie weiterer kollektiver und individueller Unterstützung beim Grenzübergang (www.facebook.com/openborderscaravan) wurde die positiv besetzte Figur der Fluchthelferin/des Fluchthelfers für eine Entstigmatisierung von Praxen genutzt, die ansonsten als Schlepperei oder Schleuserei kriminalisiert werden. ²⁷ Vgl. www.kmii-koeln.de/manifest-1997.

mit prekärem Aufenthaltsstatus, die lokal genauso dazu gehören wie ihre NachbarInnen mit deutschem Pass. Daher wird es in Zukunft entscheidend sein, dass sich die Initiativen vor Ort verstetigen, politisch über humanitäre Hilfe hinausgehen und sich durch eine schrittweise translokale und transregionale Vernetzung der rassistischen Mobilisierung sowie der herrschenden Migrationspolitik in ganz Europa entgegenstellen.

Grund zur Hoffnung gibt hier eine Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), derzufolge von den befragten Ehrenamtlichen die überwiegende Mehrheit «mit ihrem Engagement nicht nur die humanitäre Situation der Flüchtlinge verbessern, sondern ‹Gesellschaft gestalten›» wolle (Karakayali/Kleist 2015: 6) und sie mehrheitlich auch von einem weiten Flüchtlingsbegriff ausgingen, der nicht der restriktiven Unterscheidung von «politischen Flüchtlingen» und «Wirtschaftsflüchtlingen» folgt (ebd.: 5). Dies öffnet einen Möglichkeitsraum, um ausgehend von der Solidarität mit Migrationsbewegungen und konkreter zwischenmenschlicher Unterstützung radikalere Politiken denk- und praktikierbar zu machen und so dem herrschenden Status quo ein grundsätzlich alternatives Projekt entgegenzustellen. Für die Aktivistin Miriam Edding ist beispielsweise *Alarm Phone* ein politischer «Gegentwurf», der dazu diene, «das aktuelle Grenzregime nicht nur anders zu denken, sondern auch durch konkrete Aktionen einen utopischen Überschuss aufscheinen zu lassen à la: ‹So könnte die Gesellschaft auch handeln›» (zit. nach: Bauer 2015).

Zugleich gilt es, angesichts der staatlichen und rechten Gewalt gegen Ge-

flüchtete Verteidigungskämpfe zu organisieren, die zunächst versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Die neue Qualität rassistischer Mobilisierung in Deutschland zeigt sich in Aktionen gegen Geflüchtetenunterkünfte von organisierten Nazis und AnwohnerInnen in Tröglitz, Freital oder Heidenau – wo es diesen für ein ganzes Wochenende gelang, entgegen der unterbesetzten Polizei ein rechtes Gewaltmonopol aufzubauen – sowie den sich allorts häufenden Brandanschlägen und körperlichen Attacken. Über die rassistische Ablehnung von Geflüchteten und einer Entgegensetzung zu Bundeskanzlerin Merkel und politischen Eliten bildet sich ein rechtspopulistisches Projekt heraus, das durch die «neue soziale Bewegung von rechts» getragen wird, die sich aus AfD, Pegida, Hooligans, Nazis und «besorgten BürgerInnen» aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft zusammensetzt (Begrich 2015). Teile dieser Bewegung stellen «die Systemfrage von rechts» und «wähnen sich in einer vorrevolutionären Situation» (ebd.). Auch wenn dieses Projekt nicht hegemonial ist, konnte es sich dennoch in die herrschenden Kräfteverhältnisse einschreiben. Seine Forderungen wurden von der großen Koalition aus Union und SPD in Teilen faktisch umgesetzt. Diesem rechtspopulistischen Projekt muss nicht nur lokal, sondern auch übergreifend entgegengetreten werden. In ganz Europa droht die «Emergenz einer vereinigten xenophoben ‹Partei›», die «aufgrund von Rivalitäten und Nationalismen bisher immer gescheitert war» (Balibar 2015). Daher muss über einzelne Abwehrkämpfe, Räume und Szenen hinaus ein gemeinsames (pro-)migrantisches Projekt artikuliert werden: «Es scheint, dass sich das Europa der Soli-

darität [...] einen politisch entschiedenen Kampf nicht ersparen können wird, einen Kampf der in neuen Allianzen gründet, einen Kampf, der mit der kompromisslosen Verurteilung von Gewalt gegenüber MigrantInnen beginnt und mit der Forderung von Bedingungen der Aufnahme fortgesetzt wird» (ebd.). Im Spannungsfeld zwischen konkreter, auch humanitärer Unterstützung von migrantischen Kämpfen einerseits und radikaler Kritik am bestehenden Migrationsregime und seinen kapitalistischen, rassistischen und sexistischen Strukturen andererseits ergibt sich die Möglichkeit eines längerfristigen, breiten gesellschaftlichen Bündnisses: Dem nach wie vor hegemonialen Diskurs, der antimigrantische Politiken als Teil eines «gesunden Menschenverstandes» naturalisiert, muss ein links(radikal)-liberales gegenhegemoniales Projekt entgegengesetzt werden. Ein Projekt, das die Zusammenhänge zwischen den von Europa mit zu verantwortenden Situationen in den Herkunfts- und Transitländern, den gewalttätigen Grenzkontrollen, dem Massensterben im Mittelmeer, den migrationspolitischen Entscheidungen auf nationaler und EU-Ebene und den vielerorts aktiven Rassismen aufzeigt und dadurch die bestehenden Strukturen infrage stellt.

Als Gegenstrategie kommt neben der lokalen Solidarität die Skandalisierung des menschenfeindlichen Normalzustands in Betracht: Die scheinbar fernen «Tragödien» müssen als Resultate konkreter politischer Entscheidungen enttarnt werden, damit die individuelle und kollektive Verantwortung nicht zu leugnen ist. Die Botschaft könnte lauten: Nicht die SchleuserInnen, sondern die restriktive Visumpolitik der EU tötet Menschen – und es geschieht in eurem Na-

men, im Namen der «BürgerInnen». Das Entsetzen bei Teilen der Bevölkerung ließe sich politisch wenden. Ein Beispiel, wie das gehen kann, bot die im Juni 2015 durchgeführte Aktion des *Zentrums für Politische Schönheit*, die sterblichen Überreste von im Mittelmeer ertrunkenen MigrantInnen in eines der Zentren des EU-Migrationsregimes – nach Berlin – zu bringen und dort zu bestatten (vgl. Beitzer/Munzinger 2015). Auf diese Weise wurde die als abstrakt und schwer greifbar erscheinende Ebene des EU-Grenzregimes an ein konkretes Ereignis geknüpft und die Verbindung sichtbar gemacht; der Alltag wird einen Moment lang durchbrochen und mit den Konsequenzen des stummen und passiven Konsenses über das Töten auf dem Mittelmeer konfrontiert.

Solche Aktionen drohen jedoch nach einer kurzen Phase der öffentlichen Betroffenheit in Vergessenheit zu geraten, auf die erneut der passive Alltag folgt. Denn meistens wird schnell ein fundamentaler Einwand vorgebracht: Selbst wenn es richtig wäre, Grenzkontrollen abzuschaffen, so die Argumentation, könnten doch nicht alle MigrantInnen kommen – als würde das jemals tatsächlich passieren. Offene Grenzen und globale Bewegungsfreiheit sind in den etablierten Diskursen nach wie vor ein Tabuthema und werden als weltfremde Utopie abgetan.²⁸ Dadurch wird nicht die Illegalisierung, sondern die durch das Grenzregime illegalisierte Migration selbst als

²⁸ Immer wieder ausgeblendet wird dabei auch, inwieweit die «imperiale Lebensweise» in Europa auf der kontinuierlichen Ausbeutung und Ausgrenzung des globalen Südens beruht (vgl. Buckel u. a. 2014: 36). Diese imperialen und postkolonialen Verhältnisse zur «Peripherie» werden über eine entrechtende Inklusion im «Zentrum» Europas durch die Überausbeutung migrantischer ArbeiterInnen reproduziert, die ihre Arbeitskraft durch den institutionalisierten Rassismus noch unterhalb des Lohnes verkaufen müssen, den ArbeiterInnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus erhalten.

das grundlegende Problem dargestellt. Dies erzeugt in Verbindung mit verschiedenen Rassismen eine öffentliche Verunsicherung angesichts der als «Flüchtlingswelle» oder gar «Lawine» (Wolfgang Schäuble) dargestellten Migrationsbewegungen, von der ausgehend die «Lösungen» der Migrationsabwehr und -kontrolle gerechtfertigt werden.

Dagegen müsste ein gegenhegemoniales Projekt diskursive Öffnungen strategisch nutzen, um die Akzeptanz, Unterstützung und Praxis globaler Bewegungsfreiheit auszuweiten. Migration könnte so im öffentlichen Diskurs nicht nur als Normalfall der Geschichte, sondern als Normalfall gesellschaftlicher Entwicklung etabliert werden, wie es mit dem Begriff der «postmigrantischen Gesellschaft» bereits geschieht (vgl. Tsianos/Karakayali 2014; Foroutan u. a. 2015).²⁹ Warum, so wäre zu fragen, maßen sich PolitikerInnen und große Teile der Bevölkerung an, zu entscheiden, wer wo leben soll? Wie kann es sein, dass die Geburtslotterie, die einen Teil der Menschheit in relativem Wohlstand hat aufwachsen lassen, zum Argument wird, die Mobilität anderer zu beschränken? Migration sollte als globale soziale Frage erkannt und mit der Infragestellung bestehender Nord-Süd-Verhältnisse sowie anderen Kämpfen gegen Ungleichheit verknüpft werden.

Um etwas grundlegend zu verändern, muss nicht auf den großen Umbruch gewartet werden. Vielmehr kann bereits im Kontext des etablierten Migrationsregimes auf ein links(radikal)-liberales gegenhegemoniales Projekt hingearbeitet werden, um mit kleinen Schritten radikale Veränderungen anzustoßen (vgl. Georgi 2014). Globale Bewegungsfreiheit und ein Bleiberecht für alle sollten hier-

bei nicht als bloße Utopie, sondern als täglich stattfindende Praxis von Migrierenden und ihren UnterstützerInnen begriffen und verwirklicht werden. Gerade für die nicht migrantischen und weißen Teile der Linken bedeutet dies, an migrantische Selbstorganisationen anzuknüpfen und über etablierte politische Räume und personelle Zusammenhänge hinauszugehen. Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sowie Personen aus einem eher bürgerlichen Milieu sollten dabei ebenso eingebunden werden wie Gewerkschaften, Sozialverbände und andere nicht staatliche Organisationen. Basis dafür wäre allerdings eine transnationale und nicht die häufig vorherrschende nationale Logik. In diesem Zusammenhang wäre darauf zu achten, dass Unternehmen und Arbeitgeberverbände, die immer wieder ihr Interesse an migrantischen Arbeitskräften äußern, davon abgehalten werden, das gegenhegemoniale Projekt zu vereinnahmen – denn einzufordern und durchzusetzen sind nicht nur das Recht auf globale Bewegungsfreiheit, sondern ebenfalls gleiche soziale Rechte für alle und der allgemeine Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten.

In der Praxis der Vernetzung müsste immer wieder geklärt und ausgehandelt werden, wo die Grenzen der Zusammen-

²⁹ Das Konzept der postmigrantischen Gesellschaft leugnet nicht die weiterhin aktuelle Präsenz von Migration, verschiebt jedoch den Fokus weg von einer Erforschung vermeintlicher Minderheiten und Mehrheiten in der Bevölkerung und hin zu einer Analyse der Prägung gegenwärtiger Gesellschaften durch Migration: «Der Begriff postmigrantisch versucht nicht, die Tatsache der Migration zu historisieren, sondern beschreibt eine Gesellschaft, die durch die Erfahrung der Migration strukturiert ist, was auch für alle aktuellen Formen der Einwanderung (wie Flucht, temporäre Migration) politisch, rechtlich und sozial bedeutsam ist. Auch wenn es schwierig ist, Postmigration im soziologischen Sinne zu definieren, so treten überall im Alltag so etwas wie postmigrantische Situationen auf, die dementsprechend die lebensweltliche Seite dieser Verhältnisse zum Ausdruck bringen» (Tsianos/Karakayali 2014).

arbeit mit verschiedenen politischen Akteuren und Strömungen gezogen und wie Anknüpfungspunkte in diversen sozialen Räumen gesucht werden können, ohne radikale Kritik und Reflexion über Bord zu werfen. Die Frage lautet, an welche Diskurse angeknüpft werden sollte – und an welche nicht. Ein neo-liberaler Nützlichkeitsdiskurs, der mit der Arbeitskraft der Migrierenden argumentiert und zwischen «guten» und «schlechten» MigrantInnen unterscheidet, ist ungeeignet. Und auch der Begriff der «Integration» entpuppt sich schnell als kulturalistisches Exklusionsinstrument, das Differenzen konstruiert, rassifiziert und festschreibt. Der humanitäre und linksliberale «Refugees Welcome»-Diskurs und die damit verknüpften Praxen und Zusammenhänge bieten dagegen eine gute Ausgangsposition, da hier Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten und Milieus ausgehend von einer wie auch immer gegebenen Empathie und Solidarität mit Geflüchteten aktiv sind. In einem Prozess der Politisierung müssten das Versagen des Staates, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung zu organisieren, sowie seine gesamte antimigrantische Politik thematisiert werden. Zugleich müssen Erzählungen von MigrantInnen als passive Opfer und damit verbundene Paternalismen, die auch die promigrantischen Initiativen durchziehen, Schritt für Schritt überwunden werden. Dies kann vor allem dadurch erreicht werden, dass den Stimmen von Geflüchteten nicht der Raum genommen wird.

Des Weiteren sollte ein gegenhegemoniales Projekt das Engagement für die Teilhabe von MigrantInnen mit anderen sozialen Fragen verknüpfen, die Menschen mit formellen Staatsbürgerschaftsrech-

ten in gleichem Maße betreffen. Hier könnten Kämpfe für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht mit Kämpfen um Wohnraum verknüpft werden, so wie es das Hamburger Bündnis *Recht auf Stadt – Never Mind the Papers* versucht. Die Verknüpfung von migrantischen und anderen sozialen und politischen Bewegungen und Begehren könnte darüber hinaus die nationale Begrenzung von Bürgerschaft und die elitäre Beschränkung Europas aufsprengen: «Die neue Aktualität schon lange drängender sozialer Fragen wie etwa sozialer Wohnungsbau, medizinische Versorgung und Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt stellt eine Chance dar, einen post-nationalen und post-kolonialen Entwurf von BürgerInnenenschaft und sozialer Grundsicherung zu entwickeln, der eine Alternative darstellt zur falschen Dichotomie zwischen einem europäischen Projekt von oben, das auf Zentralisierung und fortgesetzte Neoliberalisierung setzt, und der drohenden Re-Nationalisierung Europas» (Hess/Kasperek 2015).

Vielfach werden an den Rand gedrängte Gruppen jedoch weiter gegeneinander ausgespielt und soziale und politische Kämpfe verlaufen bislang häufig isoliert. Auch gegen die drastischen Asylrechtsverschärfungen vom Juni und Oktober 2015 konnte kein wirksamer Widerstand organisiert werden: Selbst in linksradikalen Zusammenhängen beteiligten sich meistens nur wenige an den Demonstrationen und anderen Protestformen. Eine Bewährungsprobe für ein (pro-)migrantisches, gegenhegemoniales Projekt wird zukünftig insbesondere der Umgang mit der zunehmend dominierenden Entgegensetzung von «guten» und «schlechten» MigrantInnen sein. Die Selektierung von MigrantInnen – ob nach ökonomi-

schen, kulturalistischen oder den vermeintlich bloß formalen, asylrechtlichen Kriterien der «Bleibeperspektive» – sollte grundsätzlich infrage gestellt werden. Dabei ist es entscheidend, ob lokale Willkommensinitiativen und ehrenamtliche UnterstützerInnen diese herrschende Unterscheidung zurückweisen und sich prinzipiell gegen jede Abschiebung positionieren oder ob sie ihre Hilfe und Solidarität auf bestimmte Gruppen begrenzen und damit der ausschließenden Kategorisierung von legitimen und nicht legitimen Geflüchteten entsprechen. Trotz diverser Fallstricke kommt es darauf an, jetzt zu handeln und den stummen und passiven Konsens gegenüber der antimigrantischen Politik in Deutschland und der EU zu durchbrechen. Ansonsten gilt angesichts der Ereignisse an den europäischen Grenzen und der antimigrantischen Politik und Gewalt, was Maximilian Popp anlässlich des Sterbens auf dem Mittelmeer formuliert: «Möglicher-

weise werden sich in 20 Jahren Gerichte oder Historiker mit dieser dunklen Zeit beschäftigen. Und nicht nur die Politiker in Brüssel, Berlin und Paris, sondern auch wir Bürger werden uns die Frage gefallen lassen müssen, was wir damals eigentlich unternommen haben gegen die Barbarei in unser aller Namen.» (Popp 2014b)

Philipp Ratfisch promoviert am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück zu den aktuellen Entwicklungen des europäisch-türkischen Migrationsregimes. Er lebt in Berlin.

Helge Schwiertz arbeitet am IMIS und promoviert zu radikaler Demokratie und Kämpfen der Migration in Deutschland und den USA. Er lebt in Hamburg.

Beide sind aktiv im Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet.org) sowie Redaktionsmitglieder bei *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* (movements-journal.org).

LITERATUR

- Aksel, Damla B./Danış, Didem (2014):** Diverse Facets of Europeanization at the Iraqi-Turkish Border, in: Baklacioğlu, Nurcan Özgür/Özer, Yeşim (Hrsg.): Migration, Asylum, and Refugees in Turkey. Studies in the Control of Population at the Southeastern Borders of the EU, Lewiston, S. 267–304.
- Alarm Phone (2015):** Fahren statt Frontex. Ein 10-Punkte-Plan, um das Sterben im Mittelmeer wirklich zu beenden, unter: <http://afrique-europe-interact.net/1338-0-Fhren-statt-Frontex.html>.
- Amadeu Antonio Stiftung/Pro Asyl (2015a):** Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. Eine Chronik der Gewalt 2014, unter: <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03>.
- Amadeu Antonio Stiftung/Pro Asyl (2015b):** Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015, unter: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>.
- apabiz (2015):** Rassistische Mobilisierungen in Zahlen, 22.5.2015, unter: www.blog.schattenbericht.de/2015/05/rassistische-mobilisierungen-in-zahlen/.
- Ataç, Ilker/Kron, Stefanie/Schilliger, Sarah/Schwartz, Helge/Stierl, Maurice (2015):** Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 2/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/01.ata%C3%A7,kron,schilliger,schwartz,stierl--einleitung.html>.
- Balibar, Étienne (2015):** Europa und die Geflüchteten. Die Erweiterung, unter: <http://transversal.at/blog/elargissement?lid=erweiterung>.
- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1992):** Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, 2. Aufl., Berlin.
- Bauer, Gabi (2015):** Nicht nur ein paar verrückte Don Quijotes. Die Aktivistinnen Miriam Edding und Judith Gleitze über den Kampf gegen das Sterben im Mittelmeer, in: ak – analyse & kritik, 19.5.2015, unter: www.akweb.de/ak_s/ak605/31.htm.
- Bax, Daniel (2015):** Rückkehr des Dublin-Verfahrens. De Maizière erobert Opposition, 11.11.2015, unter: <https://www.taz.de/15247959/>.
- Bayerischer Rundfunk (2015):** Flüchtlingsdrama in Österreich. Weiterer Verdächtiger gefasst, 30.8.2015, unter: www.br.de/nachrichten/fluechtlingeschlepper-oesterreich-100.html.
- Begrich, David (2015):** Der Befund der Straße. Im Schatten von PEGIDA formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts, in: ak – analyse & kritik, 17.11.2015.
- Beitzer, Hannah/Munzinger, Paul (2015):** Die Toten kommen, die Minister bleiben fern, unter: www.sueddeutsche.de/politik/zentrum-fuer-politische-schoenheit-die-toten-kommen-die-minister-bleiben-fern-1.2523194.
- Bewarder, Manuel (2015):** Zahl der Abschiebungen steigt um 42 Prozent, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article144717004/Zahl-der-Abschiebungen-steigt-um-42-Prozent.html.

- Bielicki, Jan/Schneider, Jens (2014):** AfD-Spitze stellt sich hinter «Pegida», unter: www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-demos-afd-spitze-stellt-sich-hinter-pegida-1.2259371.
- Bojadžijev, Manuela/Karakayali, Serhat (2007):** Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas*, Bielefeld, S. 203–209.
- bordermonitoring.eu (2015):** Entlang der Balkanroute. Ein Reisebericht solidarischer Gruppen aus Halle und Leipzig im September/Oktober 2015, unter: <http://bordermonitoring.eu/balkan/2015/10/entlang-der-balkanroute/>.
- Bröse, Johanna/Friedrich, Sebastian (2015):** Der schmale Grat der Hilfe. Die neoliberale Vereinnahmung der Flüchtlingshilfe muss stärker in den Blick genommen werden, in: *ak – analyse & kritik*, 18.8.2015, unter: www.akweb.de/ak_s/ak607/08.htm.
- Brössler, Daniel (2015):** EU vereinbart Gegengeschäft mit der Türkei, 29.11.2015, unter: www.sueddeutsche.de/politik/eu-gipfel-tuerkei-sieht-neuanfang-1.2759451.
- Buckel, Sonja (2015):** Menschenfeindliche Logik der Politik, unter: www.fr-online.de/gastbeitraege/fluechtlingengemeinschaftenfeindliche-logik-der-politik,29976308,31588836.html.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2013):** Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hrsg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld, S. 15–84.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (2015):** Vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen, Presseerklärung, 13.9.2015, unter: www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmitteilungen/DE/2015/09/grenzkontrollen-an-der-grenze-zu-oesterreich-wiedereingef%C3%BChrt.html.
- Bundesrat (2015):** Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Drucksache 446/15, 29.9.2015, unter: www.bundesrat.de/drs.html?id=446-15.
- Bundesregierung (2015):** EU-Türkeigipfel in Brüssel. Aktionsplan zur Flüchtlingskrise beschlossen, 29.11.2015, unter: www.bundesregierung.de/Content/DE/Reiseberichte/2015-11-29-eu-tuerkei-gipfel.html.
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG) (2012):** Urteil vom 18. Juli 2012. 1 BvL 10/10, unter: www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20120718_1bvl001010.html.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1998):** *Security. A New Framework for Analysis*, London.
- Candeias, Mario (Hrsg.) (2015):** *Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Materialien, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien12_Rechtspopulismus.pdf.
- Castles, Steven (2007):** The Migration-Asylum Nexus and Regional Approaches, in: Kneebone, Susan/Rawlings-Sanae, Felicity (Hrsg.): *New Regionalism and Asylum Seekers, Challenges Ahead*, London, S. 25–42.

Charta von Lampedusa (2015): Charta von Lampedusa, Kurzversion, unter: www.lacartadilampedusa.org/german/kurz.

Cuttitta, Paolo/Dietrich, Helmut/Kasperek, Bernd/Speer, Marc/Tsianos, Vassilis (2011): Die Grenze demokratisieren, in: Kritische Justiz 3/2011, S. 244–252.

Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2010): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.

Deutschland demobilisieren – Kampagnengruppe der Naturfreundejugend Berlin (2015): «Sorgen und Ängste» als Rassismus ernst nehmen, unter: <http://naturfreundejugend-berlin.de/node/707>.

Deutschlandfunk (2015): BKA befürchtet mehr Angriffe auf Asylunterkünfte, 22.10.2015, unter: www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-bka-befuerchtet-mehr-angriffe-auf.1818.de.html?dram:article_id=334646.

die tageszeitung (2015): Ungarn macht Zaun zu Kroatien dicht, 16.10.2015, unter: www.taz.de/!5243893/.

European Commission (2015): Meeting on the Western Balkans Migration Route. Leaders Agree on 17-point plan of action, Presseerklärung, 25.10.2015, Brüssel, unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5904_en.htm.

Exner, Ulrich (2015): Ein Finanzbeamter als Biedermann und Brandstifter, unter: www.welt.de/regionales/hamburg/article140343312/Ein-Finanzbeamter-als-Biedermann-und-Brandstifter.html.

Foroutan, Naika/Canan, Coşkun/Arnold, Sina/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina (2014):

Deutschland postmigrantisch II. Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität – Erste Ergebnisse, Berlin, unter: www.bim.hu-berlin.de/de/publikationen/2015/deutschland-postmigrantisch-ii-einstellungen-von-jugendlichen-und-jungen-erwachsenen-zu-gesellschaft,-religion-und-identitaet/.

Frankfurter Rundschau (2015): EU sondiert Zentren auf dem Balkan, 10.11.2015, unter: www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/fluechtlinge-eu-sondiert-zentren-auf-dem-balkan,24931854,32377628.html.

Frenyo, Anna (2015): Unter Tränen durchs Chaos. Flüchtlinge in Ungarn, DeutschlandRadio Kultur, 20.8.2015, unter: www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlinge-in-ungarn-unter-traenen-durchs-chaos.2165.de.html?dram:article_id=328763.

Fried, Nico (2015): «... dann ist das nicht mein Land», 15.9.2015, unter: www.sueddeutsche.de/politik/merkel-zu-fluechtlingspolitik-dann-ist-das-nicht-mein-land-1.2648819.

Friedrich, Sebastian (2015a): Konflikt statt Konsens. Gegen einen Kompromiss zwischen Rassismus und «Willkommenskultur», in: ak – analyse & kritik, 15.9.2015, unter: www.sebastian-friedrich.net/?p=362.

Friedrich, Sebastian (2015b): Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilisierung in Deutschland, Berlin.

Friedrich, Sebastian (2015c): Druck von rechts. Was das Comeback von AfD und PEGIDA mit der Asylrechtsverschärfung und Seehofers Hetze zu tun hat, in: *ak – analyse & kritik*, 20.10.2015, unter: www.akweb.de/ak_s/ak609/47.htm.

From the Struggles Collective (2015): Lessons from the Struggles. A Collage, in: *movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/19.from-the-struggles--lessons.html>.

Gajevic, Mira (2013): Berlin-Hellersdorf. Streit um Flüchtlingsheim wird Wahlkampfthema, unter: www.fr-online.de/syrien/berlin-hellersdorf-streit-um-fluechtlingsheim-wird-wahlkampf-thema,24136514,24072570.html.

Gathmann, Florian (2015): Gabriel über Rassisten in Heidenau: «Das ist Pack», *Spiegel Online*, 24.8.2015, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/heidenau-sigmar-gabriel-besucht-fluechtlingsunterkunft-a-1049582.html.

Georgi, Fabian (2014): Was ist linke Migrationspolitik? Warum globale Bewegungsfreiheit ethisch geboten und strategisch notwendig ist, in: *LuXemburg* 3/2014, S. 110–115.

Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, 10 Bde., hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg.

Gonzales, Alfonso (2014): Reform without Justice. Latino Migrant Politics and the Homeland Security State, New York.

Haarmeyer, Jan (2015): Transitflüchtlinge werden jetzt im Bieber-Haus betreut, 7.12.2015, unter: www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article206797123/Transitfluechtlinge-werden-jetzt-im-Bieber-Haus-betreut.html#.

Haselberger, Stephan/Scheffer, Ulrike/Sirleschtov, Antje (2015): «Im Normalmodus werden wir das nicht schaffen», Interview mit Thomas de Maizière, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/thomas-de-maiziere-interview.

Heine, Hannes/Keilani, Fatina/Kögel, Annette (2013): Proteste gegen Flüchtlingsheim: Senat warnt vor Rechtsextremen, unter: www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-hellersdorf-proteste-gegen-fluechtlingsheim-senat-warnt-vor-rechtsextremen/8479380.html.

Hess, Sabine/Heimeshoff, Lisa-Marie/Kron, Stefanie/Schwenken, Helen/Trzeciak, Miriam (2014): Einleitung, in: Heimeshoff, Lisa-Marie/Hess, Sabine/Kron, Stefanie/Schwenken, Helen/Trzeciak, Miriam (Hrsg.): *Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven*, Berlin, S. 9–39.

Hess, Sabine/Karakayali, Serhat (2007): New Governance oder die Imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement, in: *Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld, S. 39–55.

Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (2015): Das Scheitern des Grenzregimes ... und der der Beginn eines neuen europäischen Projekts von unten, in: *Prager Frühling* 23, unter: www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1242.das-scheitern-des-grenzregimes.html.

Human (2015): «Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht», in: *Hinterland* 29, unter: www.hinterland-magazin.de/pdf/28-15.pdf.

Ibrahim, Aida/Kasperek, Bernd (2015): Dublin. Ein System in der Krise, in: Hinterland 29, unter: www.hinterland-magazin.de/pdf/29-35.pdf.

İçduygu, Ahmet/Karaçay, Ayşem Biriz (2012): Demography and Migration in Transition. Reflections on EU-Turkey Relations, in: Paçacı Elitok, Seçil/Straubhaar, Thomas (Hrsg.): Turkey, Migration and the EU. Potentials, Challenges and Opportunities (Series Edition HWWI, Bd. 5), Hamburg, S. 19–38, unter: <http://hdl.handle.net/10419/55531>.

Jackson, Gabrielle (2015): UN's François Crépeau on the refugee crisis, unter: www.theguardian.com/world/2015/apr/22/uns-francois-crepeau-on-the-refugee-crisis-instead-of-resisting-migration-lets-organise-it.

JoG – Jugendliche ohne Grenzen (2014): Proteste gegen Verschärfung des Zuwanderungsrechts bei der Innenministerkonferenz in Bonn, unter: http://jogspace.net/files/2014/05/PM_JoG_BONN.1.pdf.

JoG – Jugendliche ohne Grenzen/W2EU – Welcome 2 Europe (2015): Journey back to Lesbos 2. Creating Networks of Solidarity and Struggle for Freedom of Movement, unter: http://lesvos.w2eu.net/files/2015/02/Doku-Lesvos-2014_web.pdf.

Jüttner, Julia/Wiedmann-Schmidt, Wolf (2015): Urteil gegen Finanzbeamten aus Escheburg. Ein Brandstifter voller Selbstmitleid, unter: www.spiegel.de/panorama/justiz/escheburg-der-brandstifter-voller-selbstmitleid-a-1033238.html.

Kahrs, Horst (2015): Zerfall des Mythos von der «Mitte». Ausbreitung eines «sozialen Nationalismus», unter: www.rosalux.de/publication/41034/zerfall-des-mythos-von-der-mitte-ausbreitung-eines-sozialen-nationalismus.html.

Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf (2015): EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin, unter: www.bim.hu-berlin.de/de/publikationen/2015/strukturen-und-motive-der-ehrenamtlichen-fluechtlingsarbeit-efa-in-deutschland/.

Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (2007): Movements that matter. Eine Einleitung, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, Bielefeld, S. 7–17.

Kasperek, Bernd (2015): Was war Mare Nostrum?. Dokumentation einer Debatte um die italienische Marineoperation, in: movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1/2015, unter: <http://movementsjournal.org/issues/01.grenzregime/11.kasperek-mare-nostrum-debatte.html>.

Kasperek, Bernd/Speer, Marc (2015): Of hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration, unter: <http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/>.

Kasperek, Bernd/Tsianos, Vassilis (2015): Back to the Future. Blair-Schily Reloaded, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/03.kasperek,tsianos--back-to-the-future-blair-schily-reloaded.html>.

Kingsley, Patrick/Traynor, Ian (2015): EU borders chief says saving migrants' lives «shouldn't be priority» for patrols, unter: www.theguardian.com/world/2015/apr/22/eu-borders-chief-says-saving-migrants-lives-cannot-be-priority-for-patrols.

Kirişçi, Kemal (2012): Turkey's New Draft Law on Asylum. What to Make of It?, in: Elitok, Seçil Paçacı/Straubhaar, Thomas (Hrsg.): Turkey, Migration and the EU. Potentials, Challenges and Opportunities (Series Edition HWWI, Bd. 5), Hamburg, S. 63–83, unter: <http://hdl.handle.net/10419/55531>.

Kreck, Lena/Gerbing, Stefan (2015): Solidarität statt Hilfe. Interview mit Refugees Welcome Karoviertel und Patrick, einem Besetzer des Oranienplatzes, in: Prager Frühling 23, unter: www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1262.solidarit%C3%A4t-statt-hilfe.html.

kritnet (2015): Bleiberecht statt Inhaftierung! Stellungnahme vom kritnet zum «Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung», unter: <http://kritnet.org/2015/bleiberecht-statt-inhaftierung/?from=box-c1>.

Kuhr, Daniela (2015): Flüchtlingsgipfel der großen Koalition. Seehofer spielt den Streit mit Merkel herunter, 2.11.2015, unter: <http://sueddeutsche.de/bayern/csu-alles-halb-so-wild-1.2717839>.

Kuhr, Daniela/Wittl, Wolfgang (2015): Seehofer wieder entspannt und zufrieden, 2.11.2015, unter: <http://sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-seehofer-verteidigt-die-transitzonen-1.2718809>.

Lambert, Laura/Liebig, Manuel/Schwartz, Helge (2015): Willkommen, um zu bleiben? Wie aus der aktuellen Hilfswelle für Geflüchtete Langfristiges entstehen kann, in: ak – analyse & kritik, 20.10.2015, unter: www.akweb.de/ak_s/ak609/10.htm.

Lehnert, Matthias (2015): Kämpfe ums Recht. Neue Entwicklungen im europäischen Flüchtlings- und Grenzschutzrecht, in: movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/06.lehnert--kaempfe-ums-recht.html>.

Mai, Marina (2013): Protest gegen Asylbewerberheim. Pogromstimmung in Hellersdorf, unter: www.taz.de/15063497/.

Marschall, Birgit/Quadbeck, Eva (2015): De Maizière setzt bei Flüchtlingen auf Abschreckung, 28.8.2015, unter: www.rp-online.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-setzt-bei-fluechtlingen-auf-abschreckung-aid-1.5346518.

Misik, Robert (2015): Der Aufstand der «freiwilligen Helfer». Warum die Flüchtlingshilfe keineswegs nur «karitativ» ist, in: Prager Frühling 23, unter: www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1243.der-aufstand-der-freiwilligen-helfer.html.

Mokre, Monika (2015): Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna, Wien.

Moulier-Boutang, Yann (1993): Interview mit Yann Moulier-Boutang, in: Grundrisse – Zeitschrift für linke Theorie & Debatte 34, unter: www.grundrisse.net/grundrisse34/interview_mit_yann_moulierbouta.htm.

Moving Europe (2015): Europa am Wendepunkt. Welcome oder Internierung?, unter: <http://moving-europe.org/wp-content/uploads/2015/10/Statement-dt1.pdf>

NDR.de (2015): Wie ein Dankeschön zu Tränen rührt, 1.10.2015, unter: www.ndr.de/nachrichten/hamburg/fluechtlinge3888_page-1.html.

Netz-gegen-Nazis (2015): Pegida – Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes, unter: www.netz-gegen-nazis.de/artikel/factsheet-und-zeitleiste-pegida-2918.

Opratko, Benjamin (2012): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci, Münster.

Orth, Stephan (2015a): Flüchtlinge am Budapester Bahnhof. Zurück in die Transitzone, Spiegel Online, 1.9.2015, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-budapest-ungarn-sperrt-bahnhof-a-1050905.html.

Orth, Stephan (2015b): Flüchtlinge am Budapester Bahnhof. Auf Gleis 8 fährt jetzt ein – Hoffnung, Spiegel Online, 1.9.2015, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/budapest-fluechtlinge-warten-auf-zuege-nach-deutschland-a-1050803.html.

Pantel, Nadia (2015a): Ein zerbeulter Zaun, Menschen in Massen, 29.10.2015, unter: www.sueddeutsche.de/kultur/bilder-der-flucht-ein-zerbeulter-zaun-menschen-in-massen-1.2713908.

Pantel, Nadia (2015b): Auf dem Balkan droht ein humanitäres Drama, 3.12.2015, unter: www.sueddeutsche.de/politik/griechenland-gummigeschosse-und-pfefferspray-1.2765921.

Pantel, Nadia (2015c): Länder auf dem Balkan weisen dunkelhäutige Flüchtlinge ab, 20.11.2015, unter: www.sueddeutsche.de/politik/migration-laender-auf-dem-balkan-weisen-fluechtlinge-aus-afrika-ab-1.2746192.

Patzelt, Werner J./Eichardt, Christian (2015): Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? Vergleichende Analyse der Pegida-Demonstrationen vom 25. Januar, 27. April und 4. Mai 2015 in Dresden, unter: https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida.

Pichl, Maximilian/Steinmaier, Daniel (2015): Fehlanreiz Menschenwürde, 17.9.2015, unter: <http://jungle-world.com/artikel/2015/38/52681.html>.

Popp, Maximilian (2015a): EU-Militäreinsatz gegen Schlepper: Europas verlogener Krieg, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-zum-eu-anti-schlepper-einsatz-im-mittelmeera-1033945.html.

Popp, Maximilian (2015b): Tote Flüchtlinge im Mittelmeer: Menschen schützen – nicht nur Grenzen, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-fluechtlingssterben-im-mittelmeera-1029537.html.

Portmann, Kai/Salmen, Ingo/Schulze, Katrin/Berger, Melanie (2015): Ungarn will Menschen mit Bussen zur österreichischen Grenze fahren, Newsblog zu Flüchtlingen, 4.9.2015, unter: www.tagesspiegel.de/politik/newsblog-zu-fluechtlingen-ungarn-will-menschen-mit-bussen-zur-oesterreichischen-grenze-fahren/12277198.html.

Postel, Tonio (2015): Flüchtlinge in Hamburg. Baustopp für Flüchtlingsheim erwirkt, unter: www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/fluechtlinge-in-hamburg-baustopp-fuer-fluechtlingsheim-erwirkt,24931854,30164724.html.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg.

Prager Frühling (2015): Massendissidenz in Merckelland. Thesen der Redaktion zur Flüchtlingspolitikkrise, in: Prager Frühling 23, unter: www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1240.massendissidenz-in-merckelland.html.

Prantl, Heribert (2015): Wie die EU Flüchtlinge tötet, unter: www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-du-sollst-nicht-toeten-1.2439653.

Preiß, Markus (2015): Eine Schande für Europa, unter: www.tagesschau.de/kommentar/fluechtlinge-265.html.

Pro Asyl (2015a): International vernetzt, lokal eingebunden. Flüchtlingsproteste gehen weiter, unter: www.proasyl.de/de/news/detail/news/international_vernetzt_lokal_eingebunden_fluechtlingsproteste_gehen_weiter.

Pro Asyl (2015b): Bundestag beschließt Ausweitung der Abschiebungshaft und Bleiberechtsregelung, unter: www.proasyl.de/de/presse/detail/news/bundestag_beschliesst_ausweitung_der_abschiebungshaft_und_bleiberechtsregelung/.

Pro Asyl (2015c): PRO ASYL kritisiert Ausgrenzung und Integrationsverweigerungsgesetz, unter: www.proasyl.de/de/presse/detail/news/pro_asyl_kritisiert_ausgrenzung_undIntegrationsverweigerungsgesetz/.

Pro Asyl (2015d): Asylpaket II. Frontalangriff auf das individuelle Asylrecht, 18.11.2015, online: http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/asylpaket_ii_frontalangriff_auf_das_individuelle_asylrecht/.

Rat für Migration (2015): «Integration statt Abschreckung». Die europäische Asylpolitik steht am Scheideweg, unter www.rat-fuer-migration.de/pdfs/RfM_Pressemitteilung_Asylpolitik_2015.pdf.

Ratfisch, Philipp (2015): Zwischen nützlichen und bedrohlichen Subjekten. Figuren der Migration im europäischen «Migrationsmanagement» am Beispiel des Stockholmer Programms, in: *movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/07.ratfisch--nuetzliche-bedrohliche-subjekte-stockholm-migrationsmanagement.html>.

Riegert, Bernd (2014): De Maizière: Ursachen der Flucht bekämpfen, unter: www.dw.de/de-maizi%C3%A8re-ursachen-der-flucht-bek%C3%A4mpfen/a-17769243.

Scheel, Stephan (2015): Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? – Yes, please!, in: *movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/14.scheel--autonomie-der-migration.html>.

Schrep, Bruno (2015): Flüchtlingsheim im Nobelviertel: Unfeine Gesellschaft, unter: www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlingsheim-hamburg-harvestehude-streit-geht-nach-baustopp-weiter-a-1015794.html.

Schwertl, Maria (2015): Wissen, (Selbst-)Management, (Re-)Territorialisierung. Die drei Achsen des aktuellen Diskurses um Migration&Entwicklung, in: *movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/09.schwertl-wissen-selbstmanagement-reterritorialisierung-migration-entwicklung.html>.

Schwartz, Helge (2016): «Für uns existiert kein Blatt im Gesetzbuch.» Migrantische Kämpfe und der Einsatz der radikalen Demokratie, in: Rother, Stefan (Hrsg.): Migration und Demokratie, Wiesbaden (im Erscheinen).

Sontowski, Simon (2015): «Keine Lösung, aber eine notwendige Intervention». Das Watch The Med Alarmphone, in: movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1/2015, unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/13.sontowski,wtm--alarmphone-watch-the-med.html>.

Spiegel Online (2015): Umgang mit Flüchtlingen. Das sagt die internationale Presse über Deutschland, 6.9.2015, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/preseschau-internationales-lob-fuer-deutschland-a-1051663.html.

Stierl, Maurice (2015): The Watch the Med Alarm Phone. A Disobedient Border-Intervention, in: movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 2/2015.

Süddeutsche Zeitung (2015): Tote Flüchtlinge in Österreich. 59 Männer, acht Frauen, vier Kinder, 28.8.2015, unter: www.sueddeutsche.de/panorama/tote-fluechtlinge-in-oesterreich-maenner-acht-frauen-vier-kinder-1.2624860.

Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.) (2007): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, Bielefeld.

Tsianos, Vassilis/Karakayali, Juliane (2014): Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft, unter: www.bpb.de/apuz/180863/repraesentationspolitik-in-der-postmigrantischen-gesellschaft.

Tsianos, Vassilis/Karakayali, Serhat (2008): Die Regierung der Migration in Europa. Jenseits von Inklusion und Exklusion, in: Soziale Systeme 2/2008, S. 329–348.

Wernicke, Christian (2015): So denken die Europäer über Flüchtlinge, 27.10.2015, unter: www.sueddeutsche.de/politik/umfrage-in-sieben-laendern-so-denken-die-europaeer-ueber-fluechtlinge-1.2704414.

Wiedemann, Carolin (2015): Sommer der Solidarität?, unter: www.boell.de/de/2015/09/14/sommer-der-solidaritaet.

Zeit Online (2015a): Bundesrat billigt verschärfte Asylgesetze, 16.10.2015, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/asylgesetze-bundesrat-bundestag.

Zeit Online (2015b): EU gibt eine Milliarde Euro zusätzlich für Flüchtlinge, 24.9.2015, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2015-09/eu-gipfel-milliarde-fluechtlinge.

IMPRESSUM

ANALYSEN Nr. 25

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

www.rosalux.de

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Dezember 2015

Layout/Herstellung: MediaService GmbH

Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling

**«Es ist dringender denn je,
der nach wie vor
antimigrantisch geprägten
hegemonialen Politik
sowie den verstärkten
rassistischen Mobilisierungen
in Deutschland und Europa ein
gegenhegemoniales Projekt
entgegenzusetzen.»**

HELGE SCHWIERTZ UND PHILIPP RATFISCH

